



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

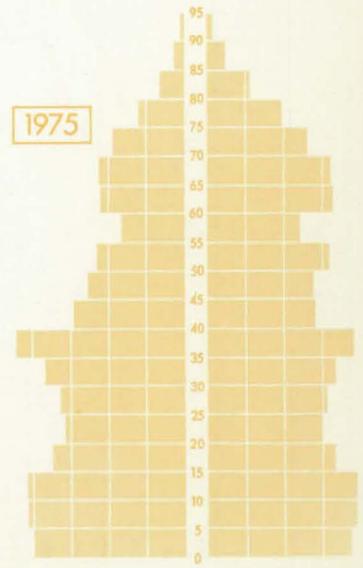
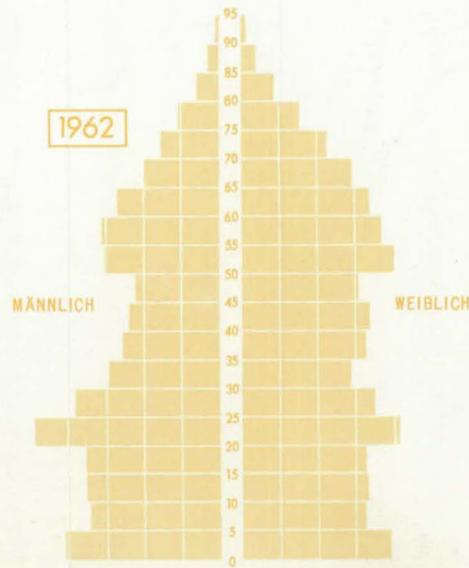
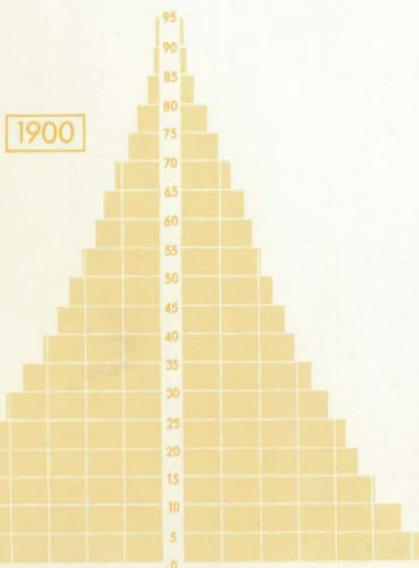
SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 5

Mai 1964

- Blick auf morgen: Die Haushalte und der Stromverbrauch
- Grafik des Monats: Landeshaushalt 1964
- Aufsätze: Unterschiede des Altersaufbaus  
Nutzviehhaltung (I)  
Wohnungsmieter und -eigentümer  
Gebrauchsgüter in den Haushalten  
Lohnstruktur in der Landwirtschaft 1962

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

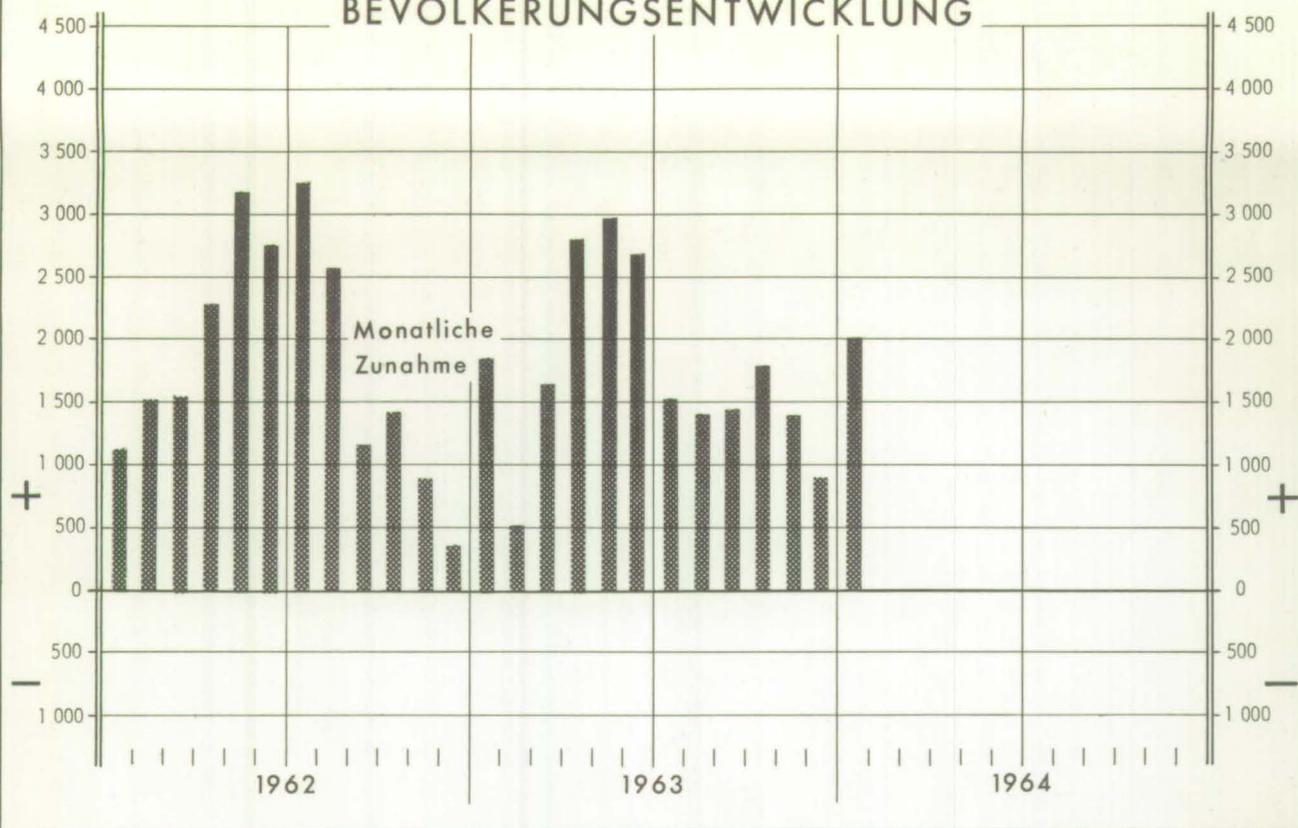


Herausgegeben vom

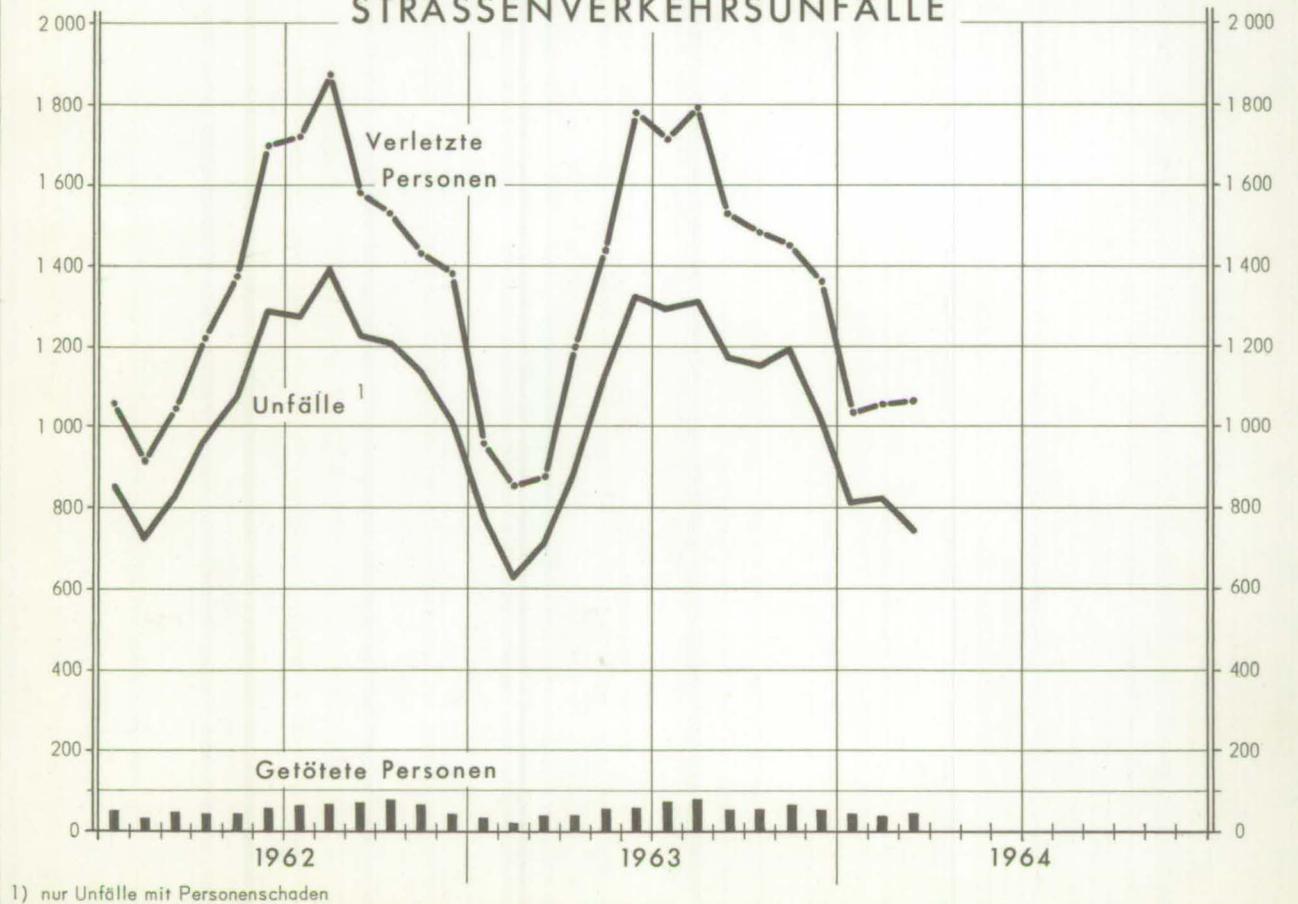
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

D-3391

## BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



## STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



1) nur Unfälle mit Personenschaden



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 5

Mai 1964

## Aktuelle Auslese



### DIE WELTKANÄLE

Mit seinem Nordostseekanal besitzt Schleswig-Holstein einen der drei bedeutendsten Schifffahrtskanäle der Welt:

Schiffsverkehr  
Schiffe      Mill. NRT

Nordostseekanal	1963	69 283	39
Sueskanal	1962	18 518	162
Panamakanal	1962	11 668	50

### HANDELSCHIFFBAU 1960/62

Schleswig-Holstein liegt im Bau von Handelsschiffen im internationalen Vergleich relativ an hervorragender Stelle (BRT vom Stapel gelaufener Schiffe je 1 000 Einwohner):

Schleswig-Holstein	156
Schweden	101
Norwegen	86
Dänemark	47
Niederlande	44
Großbritannien	23
Japan	20
Bundesrepublik	19

### GRENZE VON 300 000 PKW ÜBERSCHRITTEN



Anfang 1964 gab es in Schleswig-Holstein 308 000 Personenkraftwagen, 18 % mehr als Anfang 1963 und 7 % mehr als Mitte 1963. Die Zuwachsraten betragen im Bundesdurchschnitt 14 % und 6 %.



### ÜBER 850 000 MÄNTEL IN EINEM JAHR

Die schleswig-holsteinische Bekleidungsindustrie produzierte im Jahre 1963 332 000 Herren- und Knabenmäntel, 120 000 Anzüge, 85 000 Sakkos und 151 000 Hosen. An Damen- und Mädchenoberbekleidung wurden 519 000 Mäntel, 248 000 Kleider und 156 000 Kostüme (einschließlich Komplets) angefertigt.

### DIE KOMMUNALE VERSCHULDUNG



Die kommunale Verschuldung in Schleswig-Holstein erreichte am 31. 12. 1963 940 Mill. DM (ohne Kassenkredite); sie stieg gegenüber dem Vorjahr um 16 %. Zwei Drittel der Mittel wurden auf dem Kreditmarkt aufgenommen. — Von allen aufgenommenen Mitteln wurden 28 % für wirtschaftliche Unternehmen, 22 % für Bau- und Wohnungswesen, 21 % für öffentliche Einrichtungen und 15 % für Schulen verwendet.

### RUND 2,38 MILL. EINWOHNER



Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein 43 600 Kinder geboren. Es starben 29 000 Einwohner. Der Geburtenüberschuß betrug somit 14 500 Personen. Hinzu kam ein Wanderungsgewinn von 9 900 Personen, der sich aus 83 100 zugezogenen und 73 200 fortgezogenen Personen ergab. Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn bewirkten, daß Ende 1963 rund 2 376 000 Einwohner im Lande wohnten, 24 500 mehr als am Anfang des Jahres.

# Blick auf morgen

## Die Haushalte und der Stromverbrauch

Von dem Strom, der im Jahre 1962 in Schleswig-Holstein verbraucht wurde, entfielen 27 % auf die Verbrauchergruppe "Haushalte", das waren 617 Mill. kWh. Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins und damit auch die Zahl der Haushalte werden in den kommenden Jahren erheblich zunehmen. Im Jahre 1972 wird es voraussichtlich mindestens 40 000 Haushalte mehr geben als 1962. Um sie alle mit Strom zu versorgen, werden – unter der Annahme, daß der Stromverbrauch je Haushalt gegenüber 1962 konstant bleibt – 657 Mill. kWh benötigt werden. Die durch die Bevölkerungsveränderung ausgelöste Verbrauchszunahme würde in den 10 Jahren bis 1972 lediglich 6 % betragen. Das ist eine geringfügige Zunahme, wenn man bedenkt, daß die jährliche Zuwachsrate des Stromverbrauchs der Haushalte – mit durchschnittlich 17 % in den Jahren 1958 bis 1962 – ungefähr dreimal so hoch war.

Wenn sich auch der Stromverbrauch je Haushalt in diesen letzten Jahren um 80 % erhöht hat, so muß doch der Verbrauch 1962 von 765 kWh je Haushalt immer noch als recht

bescheiden angesehen werden. Im Bundesdurchschnitt wurden 874 kWh je Haushalt verbraucht und in Hamburg, dem Land mit dem Spitzenverbrauch, waren es 1 328 kWh je Haushalt. Nach diesen Verbrauchszahlen ist es nicht unrealistisch, wenn man annimmt, daß sich der Stromverbrauch je Haushalt in Schleswig-Holstein bis 1972 verdoppeln wird (1 530 kWh/Haushalt). Bei unveränderter Anzahl würden dann die Haushalte zusammen 1 234 Mill. kWh verbrauchen.

Es erfordert also einen weitaus geringeren Aufwand, reichlich 100 000 Einwohner mehr (= rund 40 000 Privathaushalte) mit Strom zu versorgen, wenn die Strommenge je Haushalt gleich bleibt, als bei einer gleich großen Bevölkerung einen ständig wachsenden Stromverbrauch je Haushalt zu befriedigen. Wird nun mit einer steigenden Einwohnerzahl (+ 6 %) und einem steigenden Stromverbrauch je Haushalt (+ 100 %) gerechnet, was den tatsächlichen Verhältnissen am besten entsprechen dürfte, so wird der Stromverbrauch 1972 auf 1 314 Mill. kWh klettern. Das entspräche einer Zuwachsrate gegenüber 1962 von 113 %.

Die Ausgangszahlen für die vorstehenden Überlegungen sind dem Aufsatz "Die Energieversorgung Schleswig-Holsteins 1958 – 1962, Teil 1: Strom" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 28 (Februar) entnommen.

## Aus dem Inhalt

### Unterschiede des Altersaufbaus

Seite 104

Die Alterszusammensetzung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung weist von Kreis zu Kreis und von Gemeinde zu Gemeinde erhebliche Unterschiede auf. Im Juni 1961 bewegte sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren zwischen 18 % (Kiel) und 25 % (Kreise Husum und Flensburg-Land) und der Anteil der 15- bis unter 65jährigen zwischen 62 % (Kreise Eiderstedt und Husum) und 69 % (Kiel). Der Anteil der alten Menschen über 65 Jahre bewegte sich zwischen 11 % und 14 %. – Werden die Gemeinden nach Größenklassen gegliedert, so ergibt sich, daß in den kleineren Gemeinden ein hoher Anteil Kinder und Jugendlicher einhergeht mit einem relativ niedrigeren Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung, in den größeren Gemeinden dagegen ein hoher Anteil erwerbsfähiger Bevölkerung mit niedrigem Anteil von Kindern und Jugendlichen. Es zeigt sich ferner, daß der Frauenüberschuß in den kleineren Gemeinden am niedrigsten ist. – In den Kreisen mit einem hohen Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung gibt es mehr Kinder als in den kreisfreien Städten und in den Kreisen mit viel Industrie, Handel usw.

### Nutzviehhaltung I

Seite 107

Der Rindviehbestand hat in Schleswig-Holstein in den Nachkriegsjahren – mit nur kleinen Unterbrechungen 1951 und 1955 – bis zum Dezember 1962 stetig zugenommen. Die letzte Zählung im Dezember 1963 ergab – erstmalig während der Nachkriegszeit – eine stärkere Bestandsverminderung um rund 33 600 Rinder. Ob die ständige Ausweitung der Bestände damit zum Stillstand gekommen ist und der Rinderbestand sich auf etwa 1,3 Mill. Stück einpendeln wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. – Von 1950 bis 1963 verminderte sich die Zahl der Rinderhalter um ein Viertel. – Während 1949 87 % aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Rindvieh und 86 % auch Milchkühe hielten, waren es 1960 nur noch 81 % bzw. 78 %. Der durchschnittliche Rindviehbestand je Betrieb stieg auf 26 Tiere im Jahre 1960 gegenüber 17 Tieren 1949. Der durchschnittliche Kuhbestand je Betrieb erhöhte sich von 1949 bis 1960 von 7 auf 9 Tiere. – Fast die Hälfte aller Milchkühe und mehr als die Hälfte des sonstigen Rindviehs stand 1960 in mittleren bäuerlichen Betrieben mit 20 bis 50 ha LN, in kleinen Betrieben unter 20 ha LN stand dagegen nur knapp ein Drittel der Milchkühe und ein Viertel des sonstigen Rindviehs. – Wenn man die kreisfreien

Städte unberücksichtigt läßt, und nur die Landkreise betrachtet, fällt der Kreis Pinneberg besonders auf. Nur 56 % aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe halten dort Milchvieh, weitere 3 % ausschließlich Jung- und Mastvieh. In den Kreisen Eiderstedt, Flensburg-Land, Husum, Schleswig und Südtondern hielten 1960 rund 84 % bis 87 % aller Betriebe Milchvieh.

## Wohnungsmieter und -eigentümer

Seite 113

Von den rund 800 000 im Rahmen der VZ 1961 festgestellten Haushalten Schleswig-Holsteins besaßen 87 % eine eigene Wohnung, entweder als Eigentümer oder als Hauptmieter; etwa jeder achte Haushalt wohnte zur Untermiete. – Unterscheidet man unter diesem Gesichtspunkt die Haushalte nach der Haushaltsgröße, so fällt auf, daß nur etwa jeder dritte Einpersonenhaushalt zur Untermiete wohnt, die Masse dieser Haushalte also bereits 1961 eine eigene Wohnung gehabt hat. In diesem Zusammenhang ließ sich auch die bekannte Tatsache, daß alleinstehende Frauen wesentlich seltener Untermieter sind als Männer, zahlenmäßig untermauern. – Bei den Mehrpersonenhaushalten schwankt der Anteil der Untermieter zwischen 9,5 % im Kreis Stormarn und 4,5 % im Kreis Südtondern. Der Landesdurchschnitt betrug 7,3 %. Einpersonenhaushalte in Untermiete kommen mit Abstand am häufigsten in Kiel vor. Fast die Hälfte (43 %) der Einzelpersonen hatten hier 1961 keine eigene Wohnung. – Von diesen Feststellungen ausgehend werden für die Kreise regional differenzierte "Wohnungsdefizite" berechnet. Diese weichen wegen der etwas anderen Methodik von den Ergebnissen der bundesgesetzlichen Berechnung verschieden weit ab.

## Gebrauchsgüter in den Haushalten

Seite 118

Im Frühjahr 1962 wurden im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Haushalte an Hand eines Kataloges ausgewählter Gebrauchsgüter gefragt, welche Gegenstände davon sie besaßen und wann sie dieselben angeschafft hätten. Die erfaßten Haushalte repräsentieren etwa 17,4 Mill. Haushalte in der Bundesrepublik ohne Berlin (West). Aus den Ergebnissen der Befragung ergab sich, daß 27 % dieser Haushalte einen eigenen Personenkraftwagen besaßen oder einen Wagen ihres Arbeitgebers für private Fahrten benutzen durften. Obwohl die Erhebung zeigt, daß es in allen Einkommenschichten Autobesitzer

gab, zeichnet sich deutlich ab, daß mit steigendem Einkommen der Grad der Motorisierung wächst. Die Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 1 200 DM waren zu 67 % im Besitz eines Pkw. – Das Radio war von allen Gebrauchsgütern, die im Fragebogen aufgeführt waren, am meisten verbreitet. Im Schnitt hatten neun von zehn Haushalten ein Radiogerät. Rechnet man die in Musikschränken eingebauten Fernsehgeräte mit, so waren 1962 37 % der Haushalte Fernsehteilnehmer. Weit unter diesem Durchschnitt mit Fernsehapparaten versorgt waren die Landwirte (13 %) und die Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 300 DM (15 %). Von den Apparaten zum Fotografieren, Filmen und Projizieren hatte 1962 nur der Fotoapparat eine nennenswerte Verbreitung aufzuweisen. Reichlich zwei Fünftel der Haushalte verfügten damals über einen Fotoapparat. Nach dem Radioapparat war der Staubsauger von allen ausgewählten Gebrauchsgütern am meisten verbreitet. Von je drei Haushalten hatten im Schnitt zwei einen Staubsauger. Im Frühjahr 1962 stand in jedem dritten Haushalt eine elektrische Waschmaschine. Ein Viertel dieser Maschinen war vollautomatisch. Maschinell geplättet haben die Hausfrauen nur sehr vereinzelt. Nicht ganz die Hälfte der Haushalte besaß eine mechanische Nähmaschine und ein Zehntel eine elektrische. Rund jeder zweite Haushalt war im Besitz eines Kühlschranks.

## Lohnstruktur

### in der Landwirtschaft 1962

Seite 125

Im Jahre 1962 erhielten die männlichen Landarbeiter in Schleswig-Holstein in den Betrieben mit 20 bis unter 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche einen durchschnittlichen Monatslohn von 463 DM brutto und in den Betrieben mit 50 und mehr ha LN einen Lohn von 493 DM; der Durchschnitt aus beiden Größenklassen lag bei 474 DM. Der Gesamtbruttomonatsverdienst von 474 DM setzte sich aus 377 DM Barverdienst und 97 DM Naturalverdienst zusammen. Die gesetzlichen Abzüge machten zusammen 84 DM des Gesamtbruttoverdienstes aus. Ein Landarbeiter im Monatslohn verdiente also 1962 in Schleswig-Holstein durchschnittlich 390 DM netto. In den beiden genannten Betriebsgrößenklassen zusammen verdienten die Landarbeiterinnen monatlich insgesamt 357 DM brutto. Damit lagen sie um 25 % unter dem Monatslohn ihrer männlichen Kollegen. – Als Stundenlöhner in der Landwirtschaft, die hauptsächlich in den Betrieben mit 50 und mehr ha LN vorkommen, hatten die Landarbeiter 1962 einen monatlichen Gesamtbruttoverdienst von 476 DM, die Spezialarbeiter verdienten im Stundenlohn 507 DM und die Facharbeiter 513 DM. Der Anteil des Naturalverdienstes am Gesamtbruttoverdienst war dabei sehr viel kleiner als bei den Monatslöhnern.

# Die Unterschiede des Altersaufbaus in den Kreisen und Gemeindegrößenklassen 1961

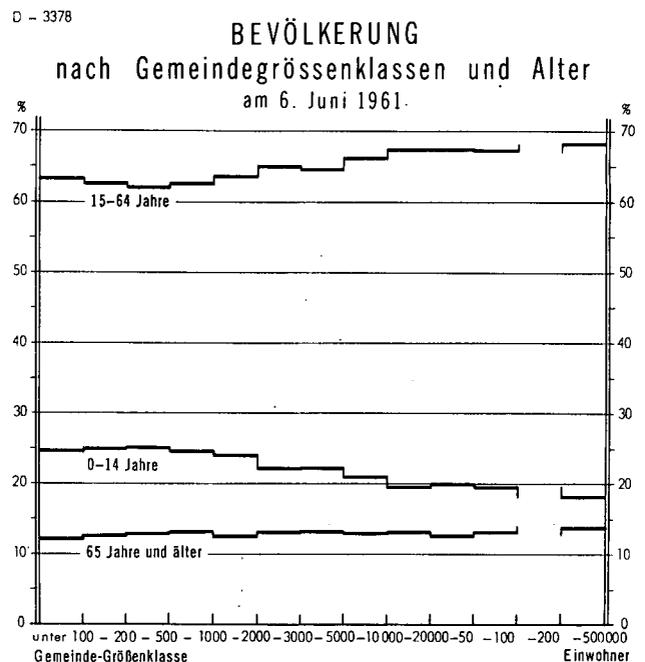
Die Alterszusammensetzung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, die in ihrer Ganzheit in dem Aufsatz "Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins am 6. Juni 1961"<sup>1)</sup> beschrieben wurde, weist von Kreis zu Kreis und von Gemeinde zu Gemeinde erhebliche Unterschiede auf. So bewegt sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren zwischen 18% (Kiel) und 25% (Kreis Husum und Flensburg-Land) und der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung - von 15 bis unter 65 Jahren - zwischen 62% (Kreise Eiderstedt und Husum) und 69% (Kiel). Der Anteil der Alten über 65 Jahre streut dagegen von Kreis zu Kreis nicht derartig stark. Er bewegt sich zwischen 11% und 14%.

Von Gemeinde zu Gemeinde sind die Unterschiede noch erheblich größer. Extremwerte bei den Kindern unter 15 Jahren weisen die Gemeinden Rickling (Kreis Segeberg) mit 9% und Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog (Kreis Südtondern) mit 43% auf. Besonders auffällige Werte bei den über 65 Jahre Alten finden sich z. B. in den Gemeinden Tümlauerkoog (Kreis Eiderstedt) mit 1% und Borgwedel (Kreis Schleswig) mit 29%.

Der uneinheitliche Altersaufbau in den regionalen Gebietskörperschaften Schleswig-Holsteins kommt besonders deutlich zum Ausdruck, wenn man sich auf Gemeinden beschränkt, sie nach Größenklassen zusammenfaßt und jeweils für diese Gruppen von Gemeinden - also für alle Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern, für alle Gemeinden von 100 bis 200 Einwohnern usw. - die Altersstruktur ermittelt.

Die Grafik zeigt sehr deutlich, daß der Anteil der Kinder in den kleineren Gemeinden durchschnittlich höher ist als in den größeren. Er streut zwischen 25% im Durchschnitt der kleinen Gemeinden und 18% bis 20% im Durchschnitt der Städte und größeren Gemeinden. Der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen liegt in den großen Gemeinden dagegen höher als in den kleinen Gemeinden. Er beträgt im Durchschnitt der kleinen Gemeinden etwa 62% bis 63%, dagegen im Durchschnitt der größeren Gemeinden 67% bis 68%.

Der Anteil der über 65 Jahre alten Bevölkerung ist in allen Gemeindegrößenklassen, wenn man beide Geschlechter zusammen betrachtet, mit 12 - 14% etwa gleich. Unterscheidet man aber nach dem Geschlecht, so zeigt sich, daß der



Anteil der Frauen über 65 Jahre mit steigender Gemeindegrößenklasse zunimmt, der Anteil der Männer im entsprechenden Alter jedoch mit wachsender Größenklasse in der Tendenz geringfügig abnimmt.

Es ergibt sich also, daß in den kleineren Gemeinden ein hoher Anteil Kinder und Jugendlicher einhergeht mit einem relativ niedrigeren Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung, in den größeren Gemeinden dagegen ein hoher Anteil erwerbsfähiger Bevölkerung mit niedrigem Anteil von Kindern und Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache des unterschiedlichen Frauenüberschusses in den verschiedenen Altersgruppen einerseits und in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen andererseits interessant. Bei den unter 15jährigen besteht ein Überschuß des männlichen Geschlechts (95 Mädchen auf 100 Knaben), wie dies als Folge des Überschusses an Knabengeburtens durchaus zu erwarten ist. Durch die höhere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts und die Verluste an Männern in den Kriegen nimmt mit zunehmendem Alter auch der Frauenüberschuß zu. Bei den 65jährigen und älteren kommen auf 100 Männer im Durchschnitt des Landes 141 Frauen.

Eine Aufgliederung nach Gemeindegrößenklassen zeigt deutlich, daß der Frauenüberschuß in den kleineren Gemeinden am niedrigsten ist. In den Gemeinden mit einer Ein-

1) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 196 (Juli)

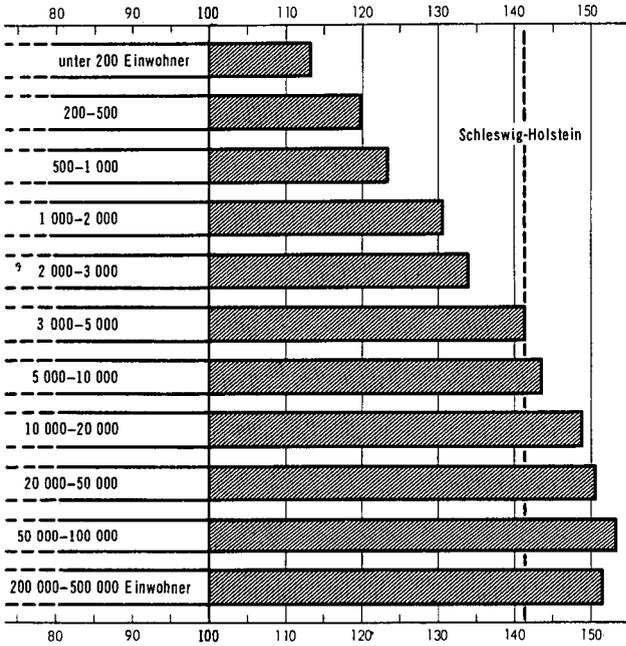
# Frauenüberschuss und Gemeindegrösse

D - 3379

am 6. Juni 1961

- in der Altersgruppe 65 und mehr Jahre -

Auf 100 Männer kommen ... Frauen



wohnerzahl von weniger als 2 000 Einwohnern besteht selbst in der recht großen Gruppe der 15- bis 44jährigen im Durchschnitt noch ein Männerüberschuß, während im Durchschnitt aller übrigen und größeren Gemeinden in dieser Altersgruppe die Frauen überwiegen. In der Gruppe der 45- bis 64jährigen ist der Frauenüberschuß in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern erkennbar niedriger als im Schnitt der größeren. Sehr deutlich wird der höhere Frauenüberschuß in den größeren Gemeinden in der Gruppe der 65jährigen und Älteren. Mit der bereits oben getroffenen Feststellung, daß der Anteil der Frauen über 65 Jahre mit steigender Größenklasse zunimmt, während der Anteil der Männer zurückgeht, war dieser Zusammenhang bereits auf andere Weise angesprochen worden.

Frauen je 100 Männer nach Gemeindegrößenklassen und dem Alter am 6. 6. 1961

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Frauen auf 100 Männer				
	insgesamt	in den Altersjahren			
		unter 15	15 - 44	45 - 64	65 und mehr
unter 2 000	105	95	98	120	124
2 000 - 10 000	113	95	106	129	141
10 000 - 50 000	115	95	106	134	150
50 000 - 100 000	114	96	101	134	153
200 000 - 500 000	115	95	107	127	151
Schleswig-Holstein	112	95	104	128	141

In den Kreisen mit einem hohen Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung ist der Anteil der

Bevölkerung unter 15 Jahren besonders hoch; in den kreisfreien Städten und in den Kreisen mit relativ hohem Anteil einer Bevölkerung, die in Industrie, Handel usw. tätig ist, liegt dieser Anteil relativ niedrig. Die höchsten Anteile an Jugendlichen weisen, wie schon erwähnt, der Kreis Husum und der Kreis Flensburg-Land auf. Es sind dies die Kreise mit dem höchsten Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung. In Kiel mit 18% Bevölkerung unter 15 Jahren, wie auch in den übrigen kreisfreien Städten mit 19% Bevölkerung unter 15 Jahren, werden lediglich 1% bis 2% zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gezählt. Dagegen ist der Anteil der im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren stehenden Bevölkerung in den kreisfreien Städten und in den Kreisen mit niedrigem Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung am größten. Bei den Alten ist ein derartiger Zusammenhang nicht mit Sicherheit erkennbar.

In der nachstehenden Tabelle sind die Kreise nach dem Anteil der Bevölkerung, die von Erwerbstätigkeit eines in der Landwirtschaft tätigen Ernährers lebt, geordnet.

Die Anteile von drei Altersgruppen und der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Kreisen am 6. Juni 1961

KREISFREIE STADT Kreis	Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung <sup>1)</sup>	Von 100 der Bevölkerung waren ... Jahre alt		
		unter 15	15 bis unter 65	65 und mehr
FLENSBURG	1	19	67	14
KIEL	1	18	69	14
NEUMÜNSTER	1	19	68	13
LÜBECK	2	19	68	13
Pinneberg	10	21	68	12
Stormarn	11	21	67	12
Eutin	14	21	65	14
Steinburg	16	21	65	14
Hzgt. Lauenburg	16	21	66	13
Rendsburg	18	22	65	13
Südtondern	23	23	66	11
Plön	23	23	64	13
Süderdithmarschen	24	23	63	14
Norderdithmarschen	25	22	64	14
Schleswig	26	23	64	14
Oldenburg (Holstein)	26	23	65	12
Segeberg	26	22	65	13
Eiderstedt	27	24	62	13
Eckernförde	28	23	64	13
Husum	28	25	62	13
Flensburg-Land	34	25	63	12
Schleswig-Holstein	14	21	66	13

1) Der Anteil gibt an, für wieviel Prozent der gesamten Bevölkerung, die von Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld/-hilfe des Ernährers lebt, der überwiegende Lebensunterhalt auf einer Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft beruht. Soldaten und ihre Angehörigen sind in den Zahlen nicht berücksichtigt

Die Ursachen für die Unterschiede in der Altersstruktur

Wenn man den Altersaufbau eines bestimmten Gebietes analysiert, so muß man sich dabei

deutlich machen, daß er die Entwicklung und das demographische Ergebnis einer langen Epoche widerspiegelt. Diese Zeitspanne läßt sich nicht nur auf die etwa 100 Jahrgänge beschränken, die unsere Alterspyramide bilden. Sie reicht weiter zurück in die Zeit der heute nicht mehr lebenden Generationen, die aber zu ihrer Zeit für die Stärke der nachfolgenden Jahrgänge mitbestimmend waren.

Geburt, Tod und Wanderungen über die Grenze eines Gebiets bestimmen die Bevölkerungszahl und auch seine Altersstruktur. Beginnen wir mit dem Einfluß des Faktors "Wanderungen".

Da von den Wanderungsbewegungen nicht alle Jahrgänge gleichmäßig betroffen werden, beeinflussen sie, gleichgültig ob sie über die Landesgrenzen gehen, oder ob sie sich innerhalb des Landes abspielen, auch die Altersstrukturen der Gemeinden und Kreise.

In der ersten Hälfte der 11 Jahre, die zwischen den beiden letzten Volkszählungen 1950 und 1961 liegen, ging die schleswig-holsteinische Bevölkerung durch einen Überschuß an Abwanderungen über die Landesgrenzen, z. T. gefördert durch staatliche Umsiedlungsmaßnahmen, rasch zurück. Durch diesen Bevölkerungsstrom über unsere Grenzen wurden besonders die jüngeren Altersgruppen betroffen. Er verursachte gerade in den kleinen Gemeinden einen starken Bevölkerungsrückgang. Seit 1957 weist Schleswig-Holstein einen Wanderungsgewinn auf. Von da an sind die Auswirkungen der Wanderungen auf die Altersstruktur zwar noch vorhanden, aber nicht mehr so einseitig.

Die Wanderungen haben auch die Altersstruktur der Gebietskörperschaften beeinflußt. In den letzten Jahren hatten die kleineren Gemeinden Abwanderungsüberschüsse und die größeren Gemeinden überwiegend Wanderungsgewinne. Da aber gerade Personen im Alter von etwa 18 bis 40 Jahren häufiger den Wohnsitz wechseln, kann geschlossen werden, daß die kleineren Gemeinden eine ständige Einbuße dieses Teiles ihrer Bevölkerung erlitten haben. Eine Erklärung für diese Land-Stadt-Wanderung ergibt sich ohne weiteres, wenn man den Vorgang von der wirtschaftlichen Seite her sieht. In der rückläufigen Beschäftigtenzahl der Landwirtschaft spiegelt sich dieses deutlich wider.

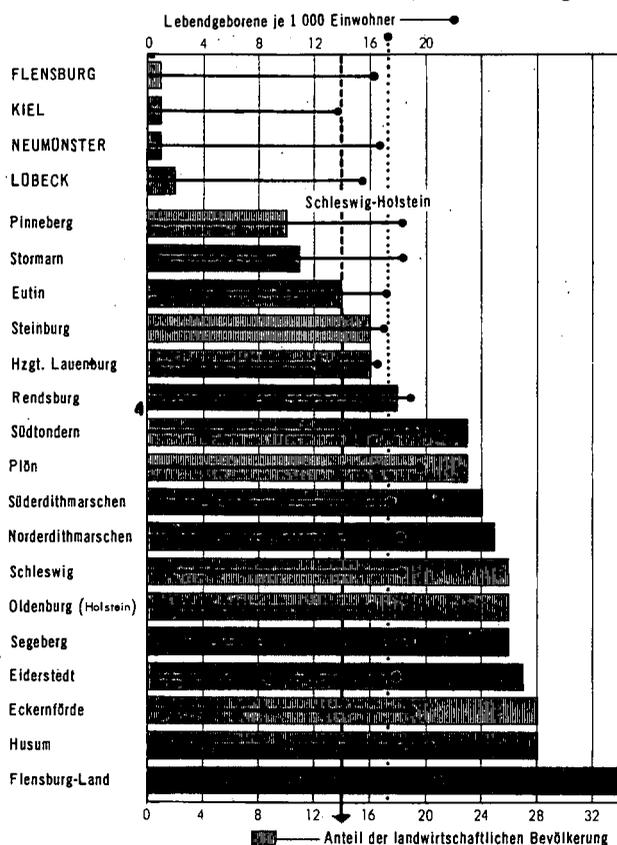
Durch die Wanderungen über die Landesgrenzen und innerhalb des Landes wurden besonders die kleineren Gemeinden von der Bevölkerungsabgabe betroffen; hier war der Teil der Bevölkerung im Alter von etwa 18 bis 40 Jahren stärker beteiligt. Dieser lang anhaltende Vorgang dürfte schließlich zu der festgestellten Verkleinerung des Anteils der im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung geführt haben.

Auf der anderen Seite ergibt sich der hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen in den kleineren Gemeinden und in den mehr landwirtschaftlich ausgerichteten Kreisen aus der höheren Geburtenzahl der Landbevölkerung.

Die Geburtenziffern zeigen seit Jahren von Kreis zu Kreis recht deutliche Unterschiede. An der Spitze liegt in Schleswig-Holstein der Kreis Flensburg-Land, am niedrigsten dagegen Kiel. Beide Kreise nehmen in unserer bereits oben verwendeten Ordnung der Kreise nach ihrem Anteil der von der Landwirtschaft ernährten Bevölkerung, wie es auch die Grafik zeigt, extreme Stellungen ein. Es liegen über dem Landesdurchschnitt von 17,3 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner im Jahre 1961 insbesondere Flensburg-Land, Hüsüm, Plön und Südtondern; dagegen unter dem Durchschnitt besonders die vier kreisfreien Städte.

D - 3380

### GEBURTENZIFFERN DES JAHRES 1961 und Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung



Eine Aufbereitung der Geborenen nach Gemeindegrößenklassen zeigt ebenfalls deutlich höhere Geburtenziffern für die kleineren Gemeinden:

Gemeindegrößenklasse	1953	1958	1960	1962
unter 2 000 Einw.	16,3	17,6	17,1	18,4
2 000 - 100 000 Einw.	13,7	14,7	14,0	14,6
100 000 und mehr Einw.	11,9	13,1	14,0	14,6

Auch altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern (ehelich Lebendgeborene bezogen auf die verheirateten Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) - siehe Bild - zeigen die bereits geschilderten Zusammenhänge deutlich. Die "rohen Geburtenziffern" (Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner und 1 Jahr) bewegen sich zwischen Kiel, als dem Kreis mit den niedrigsten Ziffern (13,7), und Flensburg-Land, dem Kreis mit den höchsten Geburtenziffern (21,1), das entspricht einem Verhältnis wie 100 : 154. Auch die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern zeigen mit Kreisdurchschnitten zwischen 11,3 und 17,1 das gleiche Bild.

Aus Mikrozensusergebnissen liegen nunmehr neuere Ergebnisse aus dem Jahre 1962 vor, die auch ihrerseits eine Bestätigung in der gleichen Richtung geben. Eine Sonderaufbereitung zeigt, daß die durchschnittliche Kinderzahl von verheirateten Frauen in den kleineren Gemeinden erheblich höher liegt als in den großen Gemeinden und Städten.

In Gemeinden

unter 2 000 Einw.	2,2 Kinder pro verheiratete Frau
2 000 - 10 000 "	1,9 " " " "
10 000 - 50 000 "	1,7 " " " "
50 000 - 200 000 "	1,7 " " " "
200 000 und mehr "	1,5 " " " "

In der Sterblichkeit der Stadt- und Landbevölkerung lassen sich entscheidende Unterschiede nicht erkennen.

Abschließend bleibt festzustellen, daß die Unterschiede im mittleren Teil der Alterspyramide zwischen den mehr städtisch strukturierten und den mehr landwirtschaftlich strukturierten Kreisen von der selektiven Wirkung der Land-Stadt-Wanderung herrühren. Da zu den abgebenden Gemeinden gerade die kleineren und damit auch die typischen Landgemeinden gehörten, findet dieser Vorgang seinen Niederschlag in den beiden von uns gewählten Darstellungsformen, in der nach Gemeindegrößenklassen und in der nach der Wirtschaftsstruktur. Für letztere, die sich besonders dazu eignet, Unterschiede der Kreise unseres Landes herauszuarbeiten, wurde als Maß der "Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der gesamten von Erwerbstätigkeit lebenden Bevölkerung" gewählt. Dagegen ist der höhere Anteil von Kindern in den kleineren Gemeinden und in den am stärksten landwirtschaftlich strukturierten Kreisen mit den höheren Geburtenziffern der dort lebenden Bevölkerung in Zusammenhang zu bringen.

Dipl.-Volksw. Gerhard Muske

## Die Nutztviehhaltung in Schleswig-Holstein Teil I

### Die Rindviehhaltung

Der Rindviehbestand hat in Schleswig-Holstein in den Nachkriegsjahren - mit nur kleinen Unterbrechungen 1951 und 1955 - bis zum Dezember 1962 stetig zugenommen. 1956 war der durchschnittliche Vorkriegsbestand von rund 1 066 500 Rindern bereits überschritten. Im Dezember 1962 wurden 240 000 Rinder (22%) mehr gezählt als im Durchschnitt der Jahre 1935/38.

Rindviehbestände in Schleswig-Holstein

Jahr (Dezember)	Rindvieh- halter	Rindvieh insgesamt	darunter Milchkühe
		in 1 000	
1935/38	.	1 066,5	448,4
1950	60 755	998,6	458,4
1955	55 412	1 040,5	429,3
1960	49 833	1 219,1	460,0
1961	48 913	1 251,3	466,6
1962	47 645	1 306,4	477,9
1963	45 892	1 272,8	472,4

Die letzte Zählung im Dezember 1963 ergab - erstmalig während der Nachkriegszeit - eine stärkere Bestandsverminderung um rund 33 600 Rinder. Ob die ständige Ausweitung der Bestände damit zum Stillstand gekommen ist und der Rinderbestand sich auf etwa 1,3 Mill. Stück einpendeln wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. Im Durchschnitt der Betriebe bedeutet die Aufstockung der Rinderbestände von 1950 bis 1962 im wesentlichen nur einen Ersatz für die abgehenden Pferde im Hinblick auf die Rauhfuttermittelverwertung. Der gesamte RGV<sup>1</sup>-Bestand war 1962 und 1963 noch etwas kleiner als 1950. Gleichzeitig ging auch die Hauptfutterfläche etwas zurück, so daß die Futterflächenausnutzung - gemessen an der HF<sup>2</sup>/RGV - in den Vergleichsjahren praktisch unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse einer eingehenden Untersuchung hierüber werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

1) RGV = Rauhfutter verzehrendes Großvieh (Rinder, Pferde, Schafe, Ziegen)

2) HF = Hauptfutterfläche (Dauergrünland und Ackerfutterbau und Futterhackfrüchte)

Es sind zwei Entwicklungen zu erkennen, deren Auswirkungen auf den Gesamt-Rinderbestand entgegengesetzt sind. Einmal scheidet ein Teil der Rinderhalter aus, wie deren stetige Abnahme in den Nachkriegsjahren zeigt. Andererseits sind die verbleibenden Rinderhalter bemüht, ihre Bestände im Zusammenhang mit der Vergrößerung der Betriebe aufzustocken sowie abgehende Pferde durch Rindvieh zu ersetzen.

Von 1950 bis 1963 verminderte sich die Zahl der Rinderhalter um ein Viertel. Einmal waren es Kleinbetriebe, die eine von der Bestandsgröße her unrentable Rinderhaltung aufgegeben haben. Weiterhin sind viele Betriebe ganz ausgeschieden, wie die Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen 1949 und 1960 zeigen. Letztlich gaben vereinzelt auch mittel- und großbäuerliche Betriebe, die kein natürliches Grünland besaßen, die Rindviehhaltung auf.

Einzelne Ergebnisse der Viehzählungen lassen sich besser erklären, wenn die Struktur der Rindviehhaltung in Schleswig-Holstein bekannt ist.

Durch die Landwirtschaftszählungen wurden nur Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche und damit nicht alle Viehhalter erfaßt. Da Rinderhalter mit weniger als 0,5 ha Betriebsfläche (z. B. Bullenhaltungsstationen, Abmelkbetriebe, Untersuchungs- und Prüfungsanstalten) jedoch nur in relativ geringer Zahl vorhanden sind, wurden durch die Landwirtschaftszählungen praktisch alle Rinderbestände erfaßt.

Betriebe mit Rindviehhaltung und Rindviehbestände

	1939	1949	1960
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe <sup>1</sup>	67 524	67 704	61 869
Betriebe mit Rindviehhaltung Rindvieh	56 188 1 147 223	58 727 978 686	50 029 1 321 297
Betriebe mit Kuhhaltung Kühe	55 198 437 114	58 082 397 024	48 058 454 464

1) mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche

Der Anteil der Betriebe mit Rindvieh- bzw. Milchviehhaltung an der Gesamtzahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe stieg von 1939 bis 1949 an. 1949 hielten 87% aller Betriebe Rindvieh, 86% auch Milchkühe gegenüber 83 und 82% im Jahre 1939. Von 1949 bis 1960 ging die Zahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe insgesamt um 5 835 Einheiten zurück. Wesentlich stärker, nämlich um 8 698 Einheiten nahm in der gleichen Zeit die Zahl der rinderhaltenden Betriebe ab, so daß 1960 nur noch 81% aller Betriebe Rindvieh besaßen und nur 78% auch Milchkühe.

Gleichzeitig wurden die Rinderbestände, die von 1939 bis 1949 erheblich eingeschränkt worden waren, von 1949 bis 1960 wieder um 35% aufgestockt. Damit stieg der durchschnittliche Rindviehbestand pro Betrieb auf 26 Tiere im Jahre 1960 gegenüber 17 Tieren 1949.

In der Milchviehhaltung ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Während die Milchkuhbestände von 1939 bis 1949 abnahmen und bis 1960 wieder aufgestockt wurden, stieg die Zahl der milchviehhaltenden Betriebe und deren Anteil an der Gesamtzahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe von 1939 bis 1949 erheblich an, verminderte sich dann jedoch bis 1960 wieder um rund 10 000 Einheiten. 1960 besaßen 78% aller Betriebe Milchvieh gegenüber 86% im Jahre 1949. Der durchschnittliche Kuhbestand pro Betrieb stieg von 1949 bis 1960 von 7 auf 9. Am häufigsten haben Klein- und Kleinstbetriebe von 0 bis etwa 7,5 ha LN den Betriebszweig aufgegeben. Die Zahl der Rinderhalter hat hier von 1949 bis 1960 sehr viel stärker abgenommen als die Zahl der Betriebe insgesamt.

In diese Größenklassen fallen viele Forstbetriebe sowie Betriebe mit Sonderkulturen, wie Gartenbaubetriebe und Baumschulen, die am ehesten bereit sind, einen Betriebszweig, der ohnehin nicht als Haupterwerbsquelle dient und wegen geringer Bestandsgröße arbeitswirtschaftlich nicht mehr tragbar ist, aufzugeben.

Die Verbreitung der Rindviehhaltung in den Betriebsgrößenklassen

Größenklasse nach der LN in ha	Land- und forstw. Betriebe insgesamt <sup>1</sup>			darunter Betriebe mit					
				Milchviehhaltung			ausschließlich "sonstigem Rindvieh" <sup>2</sup>		
	1939	1949	1960	1939	1949	1960	1939	1949	1960
	%								
0 - 20	47 117	48 019	40 486	74,4	80,3	67,0	1,9	1,2	4,2
20 - 50	16 456	16 210	17 732	98,8	99,3	98,1	0,4	0,4	1,2
50 - 100	3 297	2 886	3 079	98,5	99,3	96,5	0,2	0,4	2,2
100 und mehr	654	589	572	96,6	98,8	96,3	1,1	0,2	1,2
<b>Insgesamt</b>	<b>67 524</b>	<b>67 704</b>	<b>61 869</b>	<b>81,7</b>	<b>85,8</b>	<b>77,7</b>	<b>1,5</b>	<b>1,0</b>	<b>3,2</b>

1) mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche

2) Mastrinder, Jungvieh, Bullen, Starken und Kälber

Soweit absolutes Grünland<sup>3</sup> vorhanden war, dürfte dieses an andere landwirtschaftliche Betriebe abgegeben worden sein. Von 1939 bis 1949 haben in allen Größenklassen die Anteile der Betriebe mit Milchviehhaltung in dem Bestreben zur Selbstversorgung während der Kriegs- und Nachkriegszeit zugenommen. Von 1949 bis 1960 sind diese Anteile dann wieder unter den Vorkriegsstand abgesunken. Beson-

ders niedrig lag dieser Anteil bei den Betrieben unter 20 ha LN.

Ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe hält zwar Rindvieh, aber keine Milchkühe. Hier handelt es sich größtenteils um Rindermastbetriebe, wie sie z. B. an der Westküste in Form des Gräserbetriebes verbreitet sind. 1960 gab es 1 971 derartige Betriebe, 1949 nur 645, 1939 waren es 990.

Die Milchviehhaltung und Rindermast in den Betriebsgrößenklassen 1949 und 1960

Größenklasse nach der LN in ha	Betriebe mit Milchkühen		Betriebe mit ausschl. "sonst. Rindvieh" <sup>1</sup>		Milchkühe		"Sonstiges Rindvieh" <sup>1</sup>	
	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960
Anteile der Größenklassen in %								
0 - 20	66,4	56,5	88,7	85,7	35,3	31,5	27,2	25,5
20 - 50	27,7	36,2	9,5	10,5	41,9	47,4	49,1	51,9
50 - 100	4,9	6,2	1,7	3,4	13,6	13,8	16,2	16,4
100 und mehr	1,0	1,1	0,1	0,4	9,2	7,3	7,5	6,1
Anzahl								
Insgesamt	58 082	48 058	645	1 971	397 024	454 464	581 662	866 833

1) Mastrinder, Jungvieh, Bullen, Starke und Kälber

1960 hatte der größte Teil der reinen Mastbetriebe weniger als 20 ha LN, es stand jedoch in diesen Betrieben nur ein Viertel des "sonstigen Rindviehs". Von 1949 bis 1960 wurde außerdem die Rindermast in den mittel- und großbäuerlichen Betrieben stärker ausgedehnt als in den Kleinbetrieben.

Von allen Betrieben mit Milchviehhaltung gehörten 1949 noch rund zwei Drittel in die Betriebsgrößenklassen 0 bis unter 20 ha LN, weitere 28% in die Größenklasse 20 - 50 ha LN. Nur 5% der milchviehhaltenden Betriebe besaßen 50 - 100 ha LN und ganze 1% 100 und mehr ha LN.

Von 1949 bis 1960 nahm der Anteil der unteren Gruppe außerordentlich stark ab, während besonders die Größenklasse 20 - 50 ha LN ihren Anteil erhöhte.

Die Bedeutung der verschiedenen Betriebsgrößen für die Milch- und Rindfleischproduktion wird erst richtig durch ihre Anteile an den Gesamtbeständen deutlich. Wegen der niedrigeren Bestandsgrößen in den Kleinbetrieben werden deren Anteile an den Milch-, Mast- und Jungviehbeständen von denen der mittelbäuerlichen Betriebe weit übertroffen. Fast die Hälfte aller Milchkühe und mehr als die Hälfte des sonstigen Rindviehs stand 1960 in mittel-

bäuerlichen Betrieben mit 20 - 50 ha LN. In Kleinbetrieben unter 20 ha LN standen dagegen nur knapp ein Drittel der Milchkühe und ein Viertel des sonstigen Rindviehs. In großbäuerlichen Betrieben von 50 - 100 ha LN wurden 14% der Milchkühe und 16% des sonstigen Rindviehs nachgewiesen. Großbetriebe waren 1960 entsprechend ihrer kleinen Zahl nur mit geringen Anteilen an der Milch- und Rindfleischproduktion beteiligt. Von 1949 bis 1960 stiegen die Anteile an den Rindviehbeständen der Größenklassen von 15 - 100 ha LN an, während die der Betriebe unter 15 ha LN und ab 200 ha LN zurückgingen.

Mit steigender Betriebsgröße verschiebt sich das Verhältnis Milchvieh zu sonstigem Rindvieh, d. h. größere Betriebe halten relativ mehr Jung- und Mastvieh, während in kleineren Betrieben die Milchviehhaltung mehr Gewicht hat, wenn man die relativ kleine Zahl von reinen Mastbetrieben unberücksichtigt läßt.

Außer vielen anderen Faktoren, wie Milchleistung, Verkaufserlöse u. a. beeinflußt die Größe eines Milchviehbestandes die Rentabilität dieses Betriebszweiges, insbesondere die Produktivität der eingesetzten menschlichen Arbeit. Im Interesse rentabler Investitionen, besonders aber einer rationellen Arbeitswirtschaft muß in allen Nutztviehhaltungen eine Mindest-Bestandsgröße angestrebt werden. Wird diese Mindest-Bestandsgröße nicht erreicht, müssen die Arbeitskosten zwangsläufig ansteigen und die Produktivität der eingesetzten Arbeit sinken. In der Milchviehhaltung des

3) Flächen, die nur als Dauerwiesen oder Dauerweiden zu nutzen sind wie z. B. Niedermoor mit hohem Grundwasserstand oder Böden mit sehr hohem Tonanteil

Die Bestandsgrößen in der Milchviehhaltung 1949 und 1960

Größenklasse nach der LN in ha	Betriebe mit Milchkühen überhaupt		davon mit Beständen von ... Milchkühen in %										Kühe je Betrieb	
			1 - 2		3 - 10		11 - 20		21 - 50		51 und mehr			
	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960
0 - 20	38 536	27 144	41,2	25,3	57,9	68,4	0,9	6,3	0,0	0,0	-	-	4	5
20 - 50	16 099	17 393	0,7	1,5	56,7	35,6	41,0	57,8	1,6	5,1	-	-	10	12
50 - 100	2 865	2 970	0,9	3,1	10,4	8,7	51,9	35,6	36,7	52,2	0,0	0,4	19	21
100 und mehr	582	551	0,5	2,5	2,9	4,5	2,4	4,9	39,9	36,2	54,3	51,9	63	60
<b>Insgesamt</b>	<b>58 082</b>	<b>48 058</b>	<b>27,6</b>	<b>15,0</b>	<b>54,7</b>	<b>52,1</b>	<b>14,5</b>	<b>26,8</b>	<b>2,7</b>	<b>5,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>	<b>7</b>	<b>9</b>

bäuerlichen Familienbetriebs dürfte diese Mindest-Bestandsgröße zwischen 10 und 20 Milchkühen liegen. Ein Familienbetrieb ist nach dem heutigen Stand der Technik darüber hinaus in der Lage, je nach Größe und Leistung der Futterflächen und der Arbeitskapazität der bäuerlichen Familie bis zu 80 Milchkühe zu halten.

Bestände ab 80 Milchkühe erfordern auch bei weitgehend vollmechanisierter Haltung eine Spezialarbeitskraft. Bei wenig mechanisierter Haltung wird auch für kleinere Bestände ein Melker eingestellt.<sup>4</sup>

Folgt man dieser Auffassung, so werden nur in wenigen Betrieben die erforderlichen Mindestbestände erreicht. 1960 hielten nur 33% aller Betriebe mit Milchvieh 11 und mehr Kühe, und nur 6% mehr als 20 Kühe. 1949 waren es nur 18 bzw. 3%. 1939 hielten jedoch schon fast 5% der Betriebe mehr als 20 Milchkühe. Von 1949 bis 1960 stieg die durchschnittliche Bestandsgröße aller Betriebe an. Es ist also die Tendenz zur Vergrößerung der Bestände vorhanden. Von den Betrieben unter 20 ha LN, die schon von der Betriebsgröße her zumeist nicht in der Lage sind, ausreichend große Bestände zu halten, haben von 1949 bis 1960 11 400 Betriebe die Milchviehhaltung aufgegeben. Vor allem gaben Betriebe mit 1 und 2 Kühen, aber auch solche mit 3 - 10 Kühen diesen Betriebszweig auf. Diese Betriebe dürften nur in wenigen Fällen auf eine milchviehlose Wirtschaftsform ausgewichen sein, sondern es wurde entweder der Betrieb als Ganzes aufgegeben oder er rückte infolge Aufstockung in eine höhere Größenklasse auf. Bestände von 21 und mehr Kühen sind in Kleinbetrieben unter 20 ha LN nur ganz vereinzelt anzutreffen.

In den Größenklassen von 20 bis unter 100 ha LN ist von 1949 bis 1960 ebenfalls die Tendenz zu erkennen, die Milchviehbestände aufzustocken. Zwar haben hier Zahl und Anteil der Betriebe mit 1 oder 2 Kühen etwas zugenommen. Dabei dürfte es sich jedoch um eine vorübergehende Erscheinung, und zwar um Betriebe handeln,

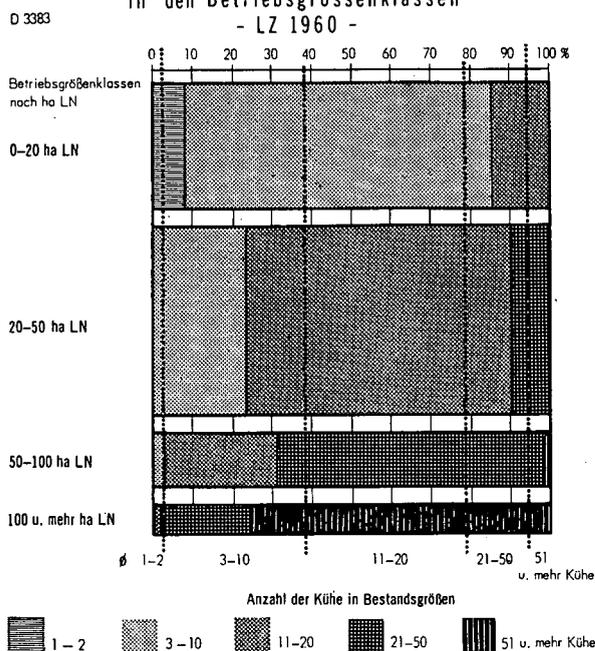
die die Milchviehhaltung als eigentlichen Betriebszweig aufgegeben haben und nur noch 1 - 2 Kühe für den eigenen Haushalt behalten haben. Aus diesem Grunde können Bestände von 1 oder 2 Kühen hier für allgemeine Betrachtungen unbeachtet bleiben. Sie haben wirtschaftlich keine Bedeutung.

Bestände von 3 - 10 Kühen überwiegen in der unteren Betriebsgrößenklasse, sind aber auch in der Größenklasse 20 - 50 ha LN 1960 noch unverhältnismäßig stark vertreten. In der Größenklasse 50 - 100 ha LN halten ebenfalls noch fast 9% aller Betriebe mit Milchvieh 3 - 10 Kühe. In beiden Größenklassen haben Zahl und Anteil dieser Bestände von 3 - 10 Kühen von 1949 bis 1960 abgenommen. In der Größenklasse 20 - 50 ha LN haben vor allem Bestände von 11 bis 20 Kühen zugenommen. Nur 5,1% der milchviehhaltenden Betriebe erreichten 1960 in dieser Größenklasse Bestände von mehr als 20 Kühen.

In der Größenklasse 50 - 100 ha LN ging zwar die Zahl der Bestände mit 11 bis 20 Kühen zurück, trotzdem nahmen sie aber auch 1960 mit rund 36% noch einen relativ hohen Anteil ein. Mehr als die Hälfte der großbäuerlichen Betriebe hielt jedoch 1960 21 und mehr Kühe. In der Größenklasse 100 und mehr ha LN überwiegen Bestände über 50 Kühe. Hier dürften fast ausnahmslos Spezialarbeitskräfte eingestellt sein. Die Entwicklung von 1949 bis 1960 ist hier der in den bäuerlichen Betrieben entgegengesetzt verlaufen. Die größeren Bestände haben absolut und relativ abgenommen zugunsten der kleineren Bestände. Grund hierfür dürften die schwierige Beschaffung von geeigneten Melkern und die hohen Löhne für Viehpfleger sein. Da in den meisten Fällen absolutes Grünland genutzt wird und ein Übergang auf Rindermast nicht möglich ist, andererseits eine Abgabe des absoluten Grünlandes und rindviehlose Wirtschaft zu risikoreich erschien, sind diese Großbetriebe auf mittlere oder kleine Milchviehbestände ausgewichen. Eine Verminderung der Kuhbestände unter 20 Stück dürfte allerdings auch nur eine vorübergehende Lösung sein.

4) Angaben des Instituts für landw. Betriebs- und Arbeitslehre der Universität Kiel

## Die Milchkuhbestände nach Bestandsgrößen in den Betriebsgrößenklassen



Für 1960 wurde neben der Anzahl der Betriebe auch die Zahl der Milchkuhe nach Bestandsgrößen und Betriebsgrößenklassen festgestellt. Es ergibt sich hierdurch ein etwas günstigeres Bild als bei Betrachtung der Anzahl der Betriebe. 1960 standen 21,4% der Milchkuhe in Beständen von 21 und mehr Stück. In den unteren Betriebsgrößenklassen sind allerdings auch die Anteile der Milchkuhe in ausreichenden Beständen noch außerordentlich klein. Die Struktur der schleswig-holsteinischen Milchviehhaltung hat sich, wie die Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen zeigen und auch die letzten Viehzählungsergebnisse bis 1963 andeuten, verbessert. Die anzustrebenden Mindestbestände haben allerdings erst wenige Betriebe erreicht.

Innerhalb Schleswig-Holsteins bestehen teilweise beachtliche regionale Unterschiede im Umfang und in der Bedeutung der Rindviehhaltung.

Wenn man die kreisfreien Städte unberücksichtigt läßt, da hier besondere Verhältnisse vorliegen, und nur die Landkreise betrachtet, fällt der Kreis Pinneberg besonders auf. Nur 56% aller Betriebe halten dort Milchvieh, weitere 3% ausschließlich Jung- oder Mastvieh. Diese niedrigen Anteile sind im Kreis Pinneberg vor allem durch die große Zahl von Betrieben mit Sonderkulturen, wie Baumschulen und Gartenbaubetriebe die nur selten Vieh halten zu erklären. Außerdem ist der Anteil von Kleinstbetrieben (Nebenerwerbsbetrieben) mit 0,5 bis unter 2 ha LN, also Betriebe, von denen in den letzten Jahren eine große Zahl die Milchviehhaltung aufgegeben hat, sehr hoch im Vergleich zu anderen Landkreisen.

## Die Verbreitung der Rindviehhaltung in den Kreisen Schleswig-Holsteins am 31. 5. 1960

Kreis	Land- und forstw. Betriebe insges. 1	darunter Betriebe mit		
		Rindvieh überhaupt	Milchvieh	ausschl. sonstigem Rindvieh
%				
Kreisfr. Städte zus.	1 018	53,3	45,6	7,8
Eckernförde	2 506	83,4	81,4	2,0
Eiderstedt	1 621	93,8	86,1	7,7
Eutin	1 768	73,1	70,0	3,2
Flensburg-Land	4 166	87,6	85,3	2,4
Hzgt. Lauenburg	3 826	72,9	70,8	2,1
Husum	4 320	91,4	86,9	4,5
Norderdithmarschen	3 009	83,0	77,9	5,1
Oldenburg (Holstein)	2 473	81,7	78,9	2,8
Pinneberg	3 878	58,8	55,9	3,0
Plön	3 669	83,7	81,4	2,3
Rendsburg	5 669	80,0	77,4	2,5
Schleswig	4 986	87,2	84,4	2,7
Segeberg	4 713	80,1	77,3	2,7
Steinburg	3 781	82,8	79,4	3,4
Stormarn	3 044	73,7	70,8	2,9
Süderdithmarschen	3 690	81,5	78,6	2,9
Südtondern	3 732	88,1	84,5	3,6

1) mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche

Die Zahlen der übrigen Landkreise lassen erkennen, daß in den ostholsteinischen Kreisen und den Kreisen des südlichen Mittelrückens relativ mehr Betriebe ohne Rindviehhaltung vorkommen als in den Kreisen des nördlichen Mittelrückens und der Westküste. Das hängt einmal mit den höheren Grünlandanteilen im nördlichen und westlichen Teil Schleswig-Holsteins, daneben aber auch mit der landschaftseigenen Wirtschaftsweise zusammen. So ist in der Landschaft Angeln, die sich auf die Kreise Flensburg-Land und Schleswig verteilt, der Ackerfutterbau in Form von Klee gras und damit auch die Milchwirtschaft stärker verbreitet als in anderen Landschaften der Ostküste.

In den Kreisen Eiderstedt, Flensburg-Land, Husum, Schleswig und Südtondern hielten 1960 rund 84 bis 87% aller Betriebe Milchvieh, in den Kreisen Eutin und Hzgt. Lauenburg nur rund 70%.

Von 1949 bis 1960 stiegen in allen Kreisen die Durchschnittsbestände an Milchkuhen. Überall schiedene Kleinbestände mit 1 bis 10 Kühen aus, während gleichzeitig die Zahl der Bestände mit mehr als 10 Kühen zunahm. Per Saldo verminderte sich in allen Kreisen die Zahl der kuhhaltenden Betriebe, während die Bestände an Milchkuhen erheblich aufgestockt wurden.

In Abhängigkeit von der Betriebsgrößenstruktur und der Wirtschaftsweise herrschen in den einzelnen Kreisen verschiedene Bestandsgrößen der Milchviehherden vor.

Betriebe mit Milchkühen nach Bestandsgrößen in den Kreisen Schleswig-Holsteins

- LBZ 1949 und LZ 1960 -

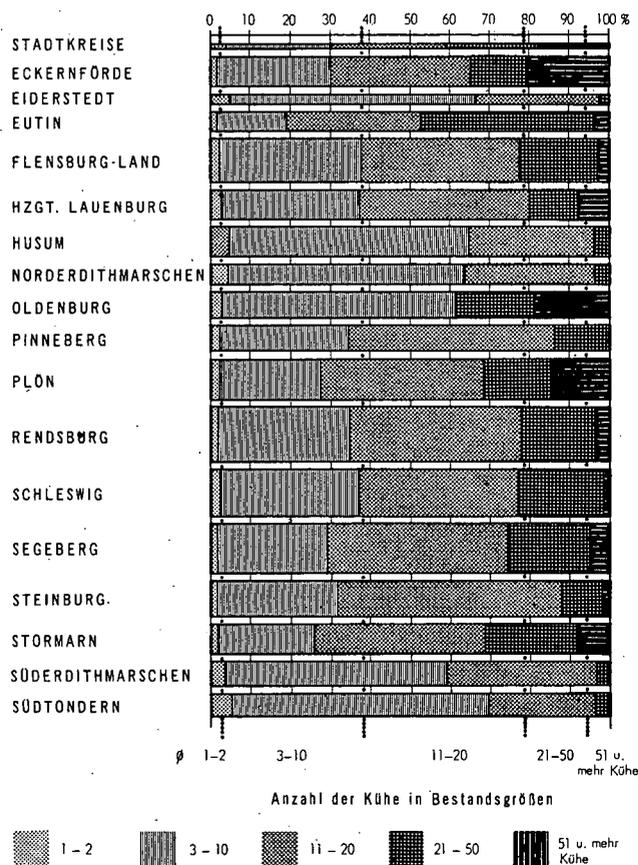
Kreis	Betriebe mit Milchkühen überhaupt		davon mit Beständen von ... Milchkühen in %					Kühe je Betrieb	
			1 - 2	3 - 10	11 - 20	21 - 50	51 und mehr	1949	1960
	1949	1960	1960	1960	1960	1960	1960	1949	1960
Kreisfreie Städte zus.	759	464	25,4	44,4	19,6	8,2	2,4	6	10
Eckernförde	2 305	2 041	11,8	49,5	30,1	5,7	2,8	9	12
Eiderstedt	1 625	1 395	19,1	65,8	14,4	0,6	-	5	6
Eutin	1 505	1 237	15,3	34,0	29,7	20,2	0,8	10	13
Flensburg-Land	4 203	3 553	12,4	52,1	27,9	7,1	0,4	7	10
Hzgt. Lauenburg	3 241	2 707	16,7	49,5	28,3	4,5	0,9	7	9
Husum	4 530	3 755	19,4	64,0	15,7	0,9	-	4	7
Norderdithmarschen	3 021	2 343	18,0	65,0	16,2	0,9	-	5	7
Oldenburg (Holstein)	2 348	1 952	18,8	45,7	25,7	7,6	2,2	9	11
Pinneberg	2 930	2 166	14,3	46,1	34,7	4,9	0,0	6	10
Plön	3 120	2 986	15,6	42,7	32,8	7,1	1,7	9	11
Rendsburg	5 288	4 390	11,3	50,3	30,8	7,2	0,5	7	10
Schleswig	5 183	4 210	14,3	51,5	26,4	7,6	0,2	6	10
Segeberg	4 242	3 645	10,3	45,5	34,9	8,6	0,7	8	11
Steinburg	3 607	3 002	10,7	44,8	40,1	4,1	0,3	7	10
Stormarn	2 528	2 156	13,7	41,6	33,9	9,6	1,2	9	12
Süderdithmarschen	3 706	2 901	15,9	63,8	19,3	0,9	-	5	7
Südtondern	3 941	3 155	21,0	65,3	12,8	0,9	-	4	6

D 3384

Die Milchkuhbestände nach Bestandsgrößen

in den Kreisen Schleswig-Holsteins

- LZ 1960 -



Während 1960 in Eutin und Stormarn 21 bzw. 11% der milchviehhaltenden Betriebe mehr als 20 Kühe besaßen, waren es in Eiderstedt, Husum, Norderdithmarschen, Süderdithmarschen und Südtondern weniger als 1%. 80% bis 86% der Betriebe hielten in den letztgenannten fünf Kreisen nur 1 bis 10 Milchkühe. Gründe für die im Hinblick auf die Bestandsgrößen ungünstige Struktur der Milchviehhaltung in den genannten Kreisen dürfte weniger die Verteilung der Betriebsgrößen als vielmehr die extensive Bewirtschaftung des Grünlandes, unzureichende Gebäude und die neben der Milchviehhaltung betriebene Rindermast sein. Die genannten Ursachen hängen dabei eng miteinander zusammen.

Aus dem Bild sind die Bestände der einzelnen Kreise an Milchkühen (Breite der Säulen) und die Anteile der einzelnen Bestandsgrößen ersichtlich. Auffallend sind auch hier die Westküstenkreise Eiderstedt, Husum, Norderdithmarschen, Süderdithmarschen und Südtondern, in denen weniger als 5% der Milchkühe in Herden von mehr als 20 Kühen gehalten werden.

Dr. Matthias Sievers

(wird fortgesetzt)

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Nutztviehhaltung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 202 (Aug.)

# Die rechtliche Stellung der Haushalte zu ihren Wohnungen

Im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 und der damit verbundenen Gebäudezählung sind die Haushaltsvorstände auch nach der besitzrechtlichen Stellung zu ihrer Wohnung erfaßt worden. Man hat dabei zwischen Eigentümern des Hauses bzw. der Wohnung und Hauptmietern unterschieden. Durch einfache Differenzbildung der Wohnungen und der Haushalte ergeben sich hieraus außerdem mit ausreichender Genauigkeit die Untermieterhaushalte.

Neben der Darstellung soziologischer Aspekte ermöglichen es die daraus gewonnenen Unterlagen, die Versorgung auf dem Wohnungsmarkt nach einheitlicher Methode in tiefer regionaler Gliederung, wenn auch global, so doch vergleichbar offenzulegen. Eine solche Betrachtung steht nicht im Gegensatz zu der gesetzlich angeordneten Defizitberechnung im Rahmen des Bundesgesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht. Die Ergebnisse dieser Berechnung erheben nicht den Anspruch, die statistischen Möglichkeiten des zur Verfügung stehenden Materials ausgeschöpft zu haben, sondern sie sind lediglich ein politischer und kein statistischer Maßstab für die Unterscheidung zwischen "schwarzen" und "weißen" Kreisen. Bekanntlich ist der Schwellenwert für diese Abgrenzung ein "rechnerisches" Wohnungsdefizit von 3%. Im Gegensatz hierzu soll die auf den besitzrechtlichen Beziehungen der Haushalte zu ihren Wohnungen aufbauende Defizitberechnung zutreffendere Unterlagen für regional gezielte Maßnahmen der staatlichen Wohnungspolitik liefern. Beiden Berechnungen gemeinsam ist der objektive und statische Grundgedanke der Methode und die im verwandten statistischen Material liegende Begrenzung des Aussagewertes.

## Eigentümer, Hauptmieter und Untermieter

Von den rund 800 000 im Rahmen der Volkszählung festgestellten Haushalten Schleswig-Holsteins besitzen 87% eine eigene Wohnung, entweder als Eigentümer oder als Hauptmieter. Die Hauptmieter sind hiervon die stärkste Gruppe, sie machen allein 56% aller Haushalte aus. Etwa jeder achte Haushalt wohnt zur Untermiete.

Unterscheidet man unter diesem Gesichtspunkt die Haushalte nach der Haushaltsgröße, so fällt auf, daß nur etwa jeder dritte Einpersonenhaushalt zur Untermiete wohnt, die Masse dieser Haushalte also bereits 1961 eine eigene Wohnung

gehabt hat. Bei den Mehrpersonenhaushalten ist dieser Anteil noch wesentlich geringer, er betrug 7%. Haushalte, die Hauptmieter sind, kommen - relativ betrachtet - bei den Einpersonenhaushalten fast ebenso häufig vor wie bei den Mehrpersonenhaushalten. Als Eigentümer des Hauses bzw. der Wohnung erscheinen hingegen Familienhaushalte doppelt so oft wie Einpersonenhaushalte.

Einen tieferen Einblick für soziologische Betrachtungen gewährt die Aufgliederung der Haushalte nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes und dem Mietverhältnis. Hierdurch wird die bekannte Tatsache, daß alleinstehende Frauen wesentlich seltener Untermieter sind als Männer, zahlenmäßig untermauert. Dahinter steht die größere Neigung verwitweter oder geschiedener Frauen, die Wohnverhältnisse ihres früheren Familienstandes aufrechtzuerhalten und der stärkere Wunsch lediger Frauen, frühzeitig einen eigenen Haushalt zu gründen. Es ist außerdem für alleinstehende Frauen im allgemeinen schwieriger, eine befriedigende Untermiete zu finden. Bei alleinstehenden Männern spielt dagegen der vorläufige Charakter des Wohnens aus Ausbildungs- oder Berufsgründen eine stärkere Rolle.

Von den Mehrpersonenhaushalten mit einem weiblichen Haushaltsvorstand wohnen 10% in Untermiete. Dieser Prozentsatz beträgt bei Familienhaushalten mit einem männlichen Haushaltsvorstand nur 7%. Bei den von Frauen geführten Mehrpersonenhaushalten dürfte es sich häufig um ein gewolltes Untermietverhältnis handeln, z. B. in Wohngemeinschaft mit den Eltern oder einem Elternteil. Anderer-

Die rechtliche Stellung der privaten Haushalte  
zu ihren Wohnungen nach Haushaltsgröße  
und Geschlecht des Haushaltsvorstandes  
- 6.6.1961 -

Haushaltsgröße — Geschlecht des Haushaltungsvorstandes	Haushalte insgesamt	davon in %		
		Eigentümer des Hauses bzw. der Wohnung	Haupt- mieter	Unter- mieter
<b>Insgesamt</b>	<b>806 093</b>	30	56	13
davon				
Mehrpersonenhaushalte	630 189	34	58	7
davon				
männlich	538 949	36	57	7
weiblich	91 240	26	64	10
Einpersonenhaushalte	175 904	16	50	35
davon				
männlich	47 955	13	31	56
weiblich	127 949	17	57	27

seits liegt es nahe, daß von Mehrpersonenhaushalten mit männlichen Haushaltsvorständen nur in seltenen Fällen die Untermiete als Dauerzustand angesehen wird.

Eigentümer des Hauses bzw. der Wohnung sind über ein Drittel der Familienhaushalte unter männlicher Führung und ein Viertel der Haushalte, denen Frauen vorstehen. Bei den Einpersonenhaushalten verhält es sich umgekehrt, hier sind Frauen als Eigentümer etwas häufiger vertreten.

Die Darstellung der Verteilung der Haushalte auf die kreisfreien Städte und Landkreise, untergliedert nach Mehrpersonen- und Einpersonenhaushalten mit dem Anteil der Untermieterhaushalte, dient hauptsächlich der Beurteilung der Wohnungssituation in den einzelnen Gebieten. Auf ihr baut auch die nachfolgende regional differenzierte Berechnung des Wohnungsdefizits auf.

Bei den Mehrpersonenhaushalten schwankt der Anteil der Untermieter zwischen 9,5% im Kreis Stormarn und 4,5% im Kreis Südtondern. Der Landesdurchschnitt beträgt 7,3%. Unter den kreisfreien Städten hat Kiel mit 9% den höchsten Anteil von Mehrpersonenhaushalten, die in Untermiete wohnen, Neumünster dagegen den geringsten, nämlich 6,8%.

Die Haushalte nach der Größe und dem Untermieteranteil  
- 6.6.1961 -

KREISFREIE STADT Kreis	Haushalte insgesamt	davon			
		Mehrpersonenhaushalte	darunter Untermieter in %	Einpersonenhaushalte	darunter Untermieter in %
FLENSBURG	36 405	26 524	8,5	9 881	34,7
KIEL	107 851	75 785	9,0	32 066	42,7
LÜBECK	90 872	67 355	7,9	23 517	35,2
NEUMÜNSTER	27 455	21 276	6,8	6 179	32,7
Eckernförde	20 609	16 672	7,4	3 937	32,0
Eiderstedt	6 230	4 999	5,6	1 231	24,6
Eutin	30 623	24 114	7,9	6 509	36,1
Flensburg-Land	19 464	16 290	5,2	3 174	27,0
Hzgt. Lauenburg	45 537	36 361	7,0	9 176	30,8
Husum	19 927	16 375	4,6	3 552	26,9
Norderdithmarschen	19 198	15 454	5,7	3 744	29,3
Oldenburg (Holstein)	24 706	19 962	6,5	4 744	30,1
Pinneberg	73 737	59 852	7,7	13 885	35,9
Plön	35 177	28 910	6,9	6 267	28,6
Rendsburg	52 782	42 813	7,0	9 969	32,5
Schleswig	31 337	24 857	6,3	6 480	29,0
Segeberg	29 700	24 549	5,7	5 151	29,9
Steinburg	42 820	33 540	8,0	9 280	33,7
Stormarn	49 526	40 125	9,5	9 401	38,7
Süderdithmarschen	23 858	19 389	5,4	4 469	29,2
Südtondern	18 279	14 987	4,5	3 292	27,5
Schleswig-Holstein	806 093	630 189	7,3	175 904	34,6

Einpersonenhaushalte in Untermiete kommen mit Abstand am häufigsten in Kiel vor. Fast die

Hälfte (43%) der Einzelpersonen haben hier keine eigene Wohnung. Verhältnismäßig groß ist die Zahl der Einzeluntermieter in Stormarn (39%) und auch noch in Eutin und Pinneberg (36%). In den übrigen Kreisen Schleswig-Holsteins schwankt der Anteil der Untermieter-Einpersonenhaushalte zwischen einem Viertel und einem Drittel dieser Haushalte. Relativ am wenigsten Untermieter wohnen in Eiderstedt, Husum und Flensburg-Land. Die kreisfreien Städte, außer der bereits erwähnten Stadt Kiel, unterscheiden sich in ihrem Untermieteranteil an den Einpersonenhaushalten nur unwesentlich.

#### Das Wohnungsdefizit

Wie bereits erwähnt, fußen die nachfolgenden Ergebnisse einer regional differenzierten Berechnung des Wohnungsdefizits auf dem Eigentums- bzw. mietrechtlichen Status der Haushalte. Sie geht von der bestehenden Versorgungslage aus, indem sie die mit einer Wohnung versorgten Haushalte als Bestandsgröße akzeptiert und lediglich die Untermieterhaushalte getrennt nach Mehr- und Einpersonenhaushalten einer besonderen Betrachtung unterzieht. Die Untermieter werden in Haushalte, die auf eine eigene Wohnung reflektieren und in Haushalte, die Untermieter bleiben wollen, aufgespalten. Für diese Trennung werden die Ergebnisse der 1-%igen Wohnungsstichprobenerhebung 1960 herangezogen, die besagen, daß im Landesdurchschnitt etwa 50% der Mehrpersonenhaushalte, die in Untermiete wohnen, nach einer eigenen Wohnung streben und rund 20% der Untermieter-Einpersonenhaushalte ihr Untermieterdasein beenden wollen. Sicher sind diese Durchschnittswerte nicht in jedem Fall voll zutreffend. Mögliche Fehler dieser Abgrenzung fallen aber nicht allzu sehr ins Gewicht, da sie sich im Rahmen der gesamten Berechnung nur auf einen verhältnismäßig kleinen Teil der Haushalte auswirken. Die Fortschreibung der in die Berechnung eingehenden Haushalte erfolgt wie bei der bundesgesetzlichen Berechnung über die Bevölkerungsentwicklung gegenüber dem Zählungsttag 6. Juni 1961. Der andere Berechnungsfaktor, die anzusetzenden Wohnungen, sind ebenso wie bei der bundesgesetzlichen Berechnung mit gewissen Korrekturen der Gebäudezählung 1961 entnommen und mit den Ergebnissen der Baustatistik fortgeschrieben.

Beiden Berechnungen liegt demnach dasselbe statistische Material zugrunde. In der Methode unterscheiden sie sich lediglich bei der Festsetzung der Zahl der "Wohnungsanwärter"<sup>1)</sup>.

1) Begriff der Defizitberechnung; auch Haushalte, die bereits Eigentümer oder Hauptmieter sind

Die bundesgesetzliche Berechnung rechnet hierzu alle Mehrpersonenhaushalte und 50% (bzw. 60% bei Großstädten) aller Einpersonenhaushalte. In ihrem Ausgangspunkt berücksichtigt sie demnach nicht die regional unterschiedliche Versorgungslage an dem jeweiligen Stichtag. Der Gesetzgeber unterstellt vielmehr einen Ausgleich der zuviel in Ansatz gebrachten Mehrpersonenhaushalte mit den zu wenig in Ansatz gebrachten Einpersonenhaushalten<sup>2</sup>.

Zu erwähnen bleibt noch, daß bei dem Ansatz der Haushalte in beiden Berechnungen subjektive Gesichtspunkte und der Wunsch nach einem Wohnungswechsel nicht berücksichtigt werden. Auch kommt die vorausschauende wohnungspolitische Problematik von Zuzugsgemeinden wirtschaftlicher Aktivräume in den Ergebnissen der Berechnung nicht zum Ausdruck.

Die in dem statistischen Ausgangsmaterial sowohl der Zahl der Haushalte als auch der Zahl der Wohnungen liegenden Fehler wirken sich in den Ergebnissen der Defizitberechnungen leider in der gleichen Richtung aus, und zwar so, daß die Ergebnisse zwangsläufig Mindestwerte sind. Außerdem haftet beiden Berechnungen der Mangel an, in den Landkreisen den rechnerischen Wohnungsüberschuß einzelner Gemeinden mit dem Wohnungsdefizit anderer

Gemeinden aufzurechnen. Letzteren Fehler zu eliminieren, würde mit einem erheblichen Arbeitsaufwand verbunden sein.

Für den 6. 6. 1961 ergibt sich in Schleswig-Holstein ein Wohnungsdefizit von rund 60 500 Wohnungen gegenüber 50 000 Wohnungen nach der bundesgesetzlichen Berechnung. Bezogen auf den Wohnungsbestand sind dies 9,0 bzw. 7,4%. Entsprechend der Bautätigkeit und der Bevölkerungsentwicklung verringerte sich das Wohnungsdefizit bis Ende 1962 auf 29 900 bzw. 21 400 Wohnungen, das sind 4,2 bzw. 3,0%.

Vergleicht man die Ergebnisse beider Berechnungen, so zeigt sich, daß das Wohnungsdefizit der regional differenzierten Berechnung im allgemeinen höher liegt und im Gegensatz zur bundesgesetzlichen Berechnung in allen Kreisen am 31. 12. 1962 noch ein Wohnungsdefizit, wenn auch sehr unterschiedlicher Größe, vorhanden war.

Eine Ausnahme hiervon macht insbesondere die Stadt Kiel. Ihr Wohnungsdefizit liegt um rund 1 500 Wohnungen niedriger als nach der bundesgesetzlichen Berechnung. Hierin kommt zum Ausdruck, daß Kiel als Universitäts- und Landeshauptstadt eine Sonderstellung hinsichtlich der Untermieterhaushalte einnimmt, was bei der

Das Wohnungsdefizit nach Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	31.12.1962				31.12.1963			
	Regional differenzierte Berechnung		Bundesgesetzliche Berechnung		Regional differenzierte Berechnung		Bundesgesetzliche Berechnung	
	Wohnungen	in % des Wohnungsbestandes	Wohnungen	in % des Wohnungsbestandes	Wohnungen	in % des Wohnungsbestandes	Wohnungen	in % des Wohnungsbestandes
FLensburg	1 080	3,5	.	.	.	.	.	.
KIEL	6 451	7,5	7 952	9,2	4 164	4,7	5 669	6,4
LÜBECK	4 433	5,7	4 303	5,5	2 908	3,7	2 795	3,5
NEUMÜNSTER	724	3,0	.	.	29	0,1	.	.
Eckernförde	793	4,3	420	2,3	381	2,0	18	0,1
Eiderstedt	31	0,5	.	.	.	.	.	.
Eutin	1 156	4,3	742	2,8	753	2,7	318	1,1
Flensburg-Land	240	1,3	.	.	93	0,5	.	.
Hzgt. Lauenburg	1 717	4,2	615	1,5	903	2,1	.	.
Husum	362	1,9	.	.	83	0,4	.	.
Norderdithmarschen	237	1,3	.	.	.	.	.	.
Oldenburg (Holstein)	205	0,9	.	.	.	.	.	.
Pinneberg	2 798	4,2	2 122	3,1	1 471	2,1	765	1,1
Plön	1 062	3,3	342	1,1	.	.	.	.
Rendsburg	2 174	4,6	1 237	2,6	1 032	2,1	115	0,2
Schleswig	624	2,2	.	.	58	0,2	.	.
Segeberg	822	3,0	160	0,6	140	0,5	.	.
Steinburg	1 477	3,9	674	1,8	631	1,6	.	.
Stormarn	2 723	6,3	2 825	6,5	1 607	3,5	1 719	3,8
Süderdithmarschen	625	2,9	.	.	179	0,8	.	.
Südtondern	121	0,7	.	.	.	.	.	.
Schleswig-Holstein	29 855	4,2	21 392	3,0	14 432	2,0	11 399	1,5

2) Vergleiche Dr. Walter Fey: "Wohnungsbau und Tendenzen der Wohnungsversorgung in den Großstädten 1961/62" in: Bundesbaublatt Heft 2, Februar 1964, S. 67

# DER HAUSHALT DES LANDES 1964

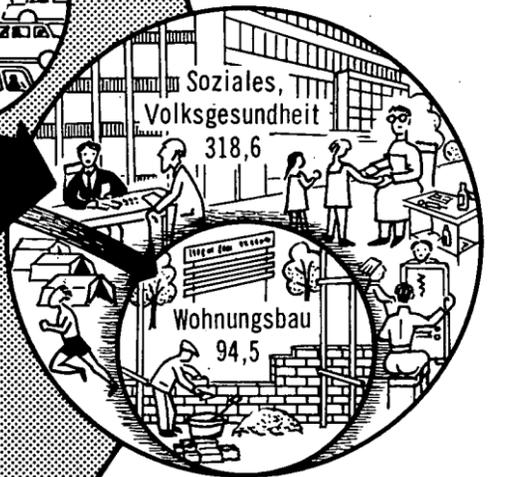
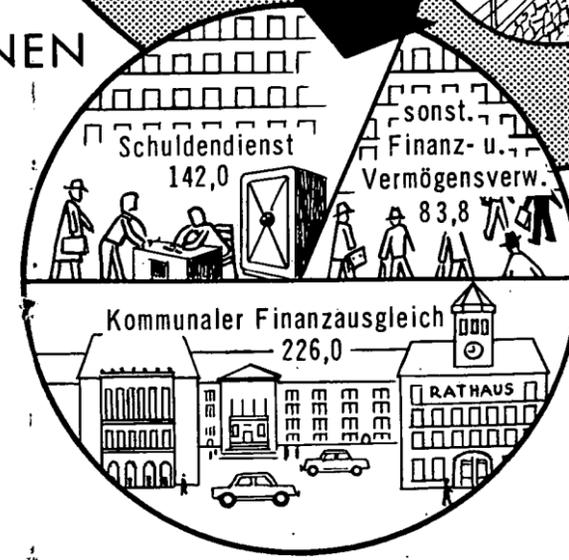
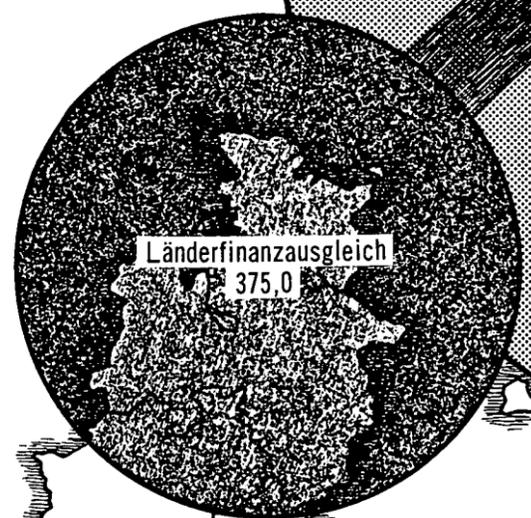
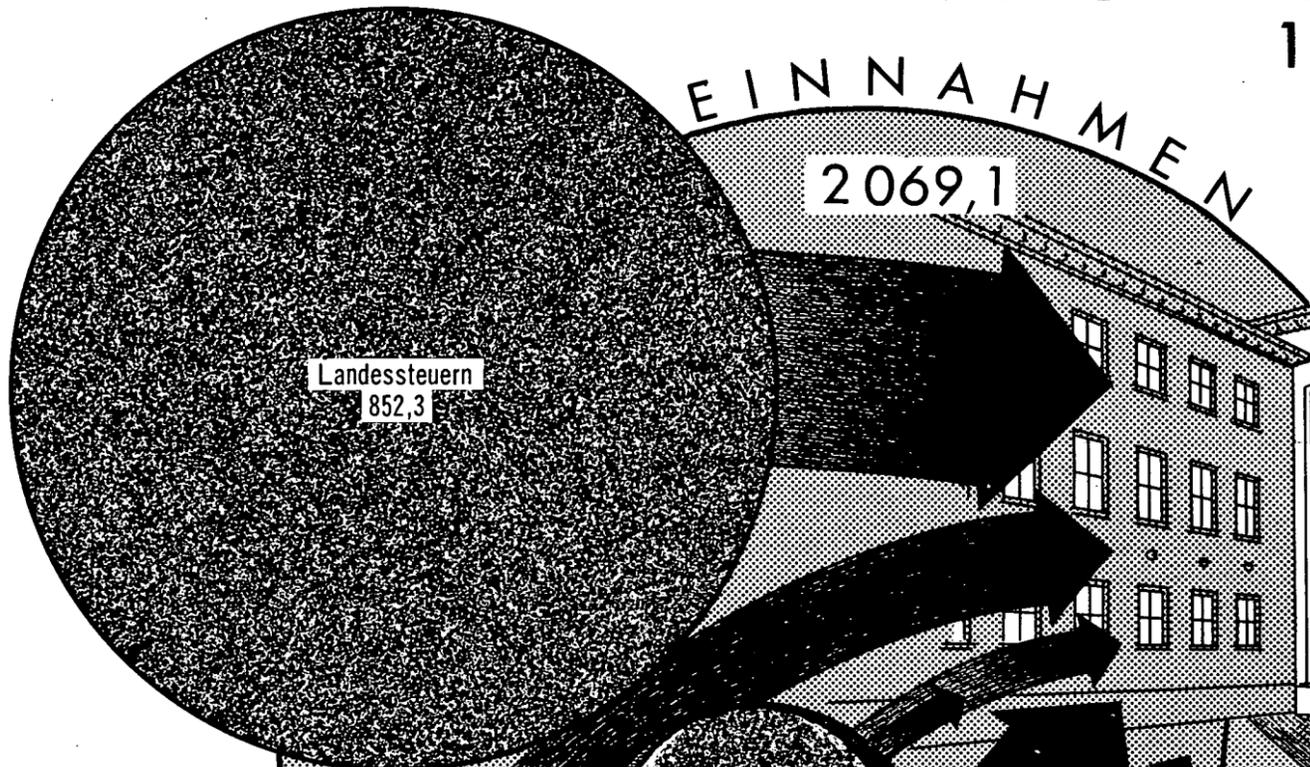


## EINNAHMEN

2069,1

## AUSGABEN

2069,1



IN  
MILLIONEN  
DM

bundesgesetzlichen Berechnung unberücksichtigt bleibt. Bei der Stadt Lübeck und dem Landkreis Stormarn decken sich die Ergebnisse beider Berechnungen ziemlich genau.

In der Rangfolge - gemessen am relativen Wohnungsdefizit - liegen Kiel mit 7,5% und der Kreis Stormarn mit 6,3% an der Spitze. Ein Wohnungsdefizit von über 3% haben nach der regional differenzierten Berechnung am 31. 12. 1962 noch elf von den 21 Stadt- und Landkreisen Schleswig-Holsteins gegenüber vier nach der bundesgesetzlichen Berechnung.

Durch die wiederum starke Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1963 - auch in den bereits "weißen

Kreisen" - hat sich das Wohnungsdefizit so sehr verringert, daß die Unterschiede beider Berechnungen für die 3%-Schwelle ohne Bedeutung sind. Bei einem Wohnungsdefizit von 14 400 bzw. 11 400 Wohnungen für das gesamte Land hatten Ende 1963 nur noch die Städte Kiel und Lübeck und der Kreis Stormarn ein Wohnungsdefizit von über 3%. In Kiel fehlen nach wie vor die meisten Wohnungen. Der Abstand zu den anderen Kreisen mit einem Wohnungsdefizit ist aber wesentlich geringer als nach den Ergebnissen der bundesgesetzlichen Berechnung.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

## Die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern

Was ein privater Haushalt im Laufe eines Jahres ausgibt, hängt nicht nur von seiner Größe, seinem Einkommen und seiner sozialen Stellung ab, sondern auch davon, wie er mit Gebrauchsgütern ausgestattet ist. Wer einen Wagen fährt, der muß laufend Benzin tanken und die dazugehörige Wartung, Versicherung und Steuer bezahlen. Der Fotofreund gibt Geld für Filme, Entwickeln und Abzüge aus, und der Musikliebhaber legt Geld für Platten und Tonbänder an. Aus dem Alter der Gebrauchsgegenstände läßt sich annäherungsweise entnehmen, wann Ersatzbeschaffungen oder Reparaturen fällig werden. Wenn man also weiß, wie ein Haushalt ausgestattet ist, kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, welche Arten von Ausgaben dieser Haushalt zwangsläufig hat. Deshalb muß eine Statistik, die den privaten Verbrauch durchleuchten will, eine Vorstellung davon haben, wie ihre buchführenden Haushalte mit größeren Gebrauchsgegenständen versorgt sind, damit sie kontrollieren kann, ob bei den täglich verbuchten Ausgaben die durch die Ausstattung "induzierten" Ausgaben nicht fehlen. Aus diesem Grunde hat man zu Beginn der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe<sup>1</sup> im Frühjahr 1962 die rund 45 000 im Bundesgebiet beteiligten Haushalte anhand eines Katalogs ausgewählter Gebrauchsgüter<sup>2</sup> gefragt, welche Gegenstände davon sie besäßen und wann sie dieselben angeschafft hätten. Diesem Erfordernis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe verdanken wir eine umfassende Bestandsaufnahme über die Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern. Das Statistische Bundesamt hat hierüber in seiner Monatszeitschrift

"Wirtschaft und Statistik" einen ausführlichen Bericht<sup>3</sup> und in seiner Fachserie "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen" ein umfassendes Quellenwerk<sup>4</sup> veröffentlicht.

Den folgenden Ausführungen liegen die Zahlenangaben aus diesen Veröffentlichungen zugrunde.

### Motorisierung

Die von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfaßten Haushalte repräsentieren nach entsprechender Hochrechnung etwa 17,4 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik ohne Westberlin. Im Frühjahr 1962 besaßen 27% dieser Haushalte einen eigenen Personenkraftwagen oder durften einen Wagen ihres Arbeitgebers

1) Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurde aufgrund des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. Teil I S. 18) erstmalig in der Zeit von Mai 1962 bis April 1963 durchgeführt. Sie soll in drei- bis fünfjährigen Abständen wiederholt werden. Landesergebnisse für Schleswig-Holstein gibt es leider nicht, da die repräsentative Auswahl hierfür zu gering ist

2) Zu diesem Katalog gehören: Personenkraftwagen, Motorrad, Fernsehgerät, Radio, Plattenspieler, Tonbandgerät, Musik(-truhe)-schrank mit und ohne Fernsehgerät, Fotoapparat, Filmkamera, Filmprojektionsapparat, Diaprojektor, Kühlschrank, Tiefkühltruhe, elektr. Küchenmaschine, Geschirrspülmaschine, Mixergerät, Grill, elektr. Kaffeemaschine, elektr. und mechanische Nähmaschine, Staubsauger, Heimbügler, Waschautomat, Waschmaschine, Wäscheschleuder und Telefon

3) "Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten", in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 655 ff. (November)

4) Verlag W. Kohlhammer, Mainz, Abt. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 18: Einkommens- und Verbrauchsstichproben "Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern"

für private Fahrten benutzen. Obwohl die Erhebung zeigt, daß es in allen Einkommenschichten Autobesitzer gab, zeichnet sich deutlich ab, daß mit steigendem Einkommen der Grad der Motorisierung wächst. Die Haushalte mit einem monatlichen Netto-Einkommen von mehr als 1 200 DM waren zu 67% im Besitz eines Personenwagens. Dagegen verfügten von den Haushalten mit einem Netto-Einkommen

von 800 bis unter 1 200 DM	nur 46 %	über ein Auto
" 600 " "	800 DM " 30 %	" " " Auto
" 300 " "	600 DM " 16 %	" " " Auto
" " "	300 DM " 3 %	" " " Auto

Die Haushalte mit selbständigen Landwirten sind in der obigen Aufgliederung nicht enthalten; bei ihnen kamen auf 100 Haushalte 41 Pkw-Besitzer. Von 100 Selbständigen (ohne Landwirte) hatten im Schnitt 67 einen Personenwagen. In den beiden obersten Einkommensgruppen waren die Selbständigen sogar zu 75% bzw. 84% Pkw-Besitzer. Die Beamten und Angestellten hatten einen durchschnittlichen Motorisierungsgrad von 40% zu verzeichnen. Die Arbeiterhaushalte verfügten indessen nur zu 22% über ein Auto. Bei den Pensionären und Rentnern war der Motorisierungsgrad noch niedriger, von 100 Pensionären besaßen lediglich 10 einen Personenwagen und von 100 Rentnern nur 8. Auch innerhalb gleicher Einkommensgruppen hatten die Rentner und Pensionäre viel seltener ein Auto als die noch im Berufsleben stehenden Haushaltsvorstände. So besaßen von den Haushalten mit einem Netto-Einkommen von 800 DM bis 1 200 DM von

100 Selbständigen (ohne Landwirte)	75 ein Auto
100 Angestellten	50 ein Auto
100 Beamten	47 ein Auto
100 Arbeitern	33 ein Auto
100 Rentnern	26 ein Auto
100 Pensionären	18 ein Auto

Derartige Unterschiede in der Motorisierung innerhalb einer Einkommensgruppe lassen darauf schließen, daß das Ausmaß der Motorisierung nicht allein vom Einkommen sondern noch von anderen Faktoren abhängt. Bei den Rentnern und Pensionären spielt verständlicherweise das Alter eine Rolle. Ältere Menschen können das Autofahren nicht mehr so leicht lernen. Schon aus diesem Grunde kommen viele, die sich finanziell einen Wagen leisten könnten, nicht dazu, sich einen zu halten. Die geringe Motorisierung der Arbeiterhaushalte hängt vielleicht unter anderem damit zusammen, daß die Arbeiter durchweg recht gut mit Fernsehgeräten ausgestattet sind.

Diese Ergebnisse ergänzen die Statistiken des Kraftfahrtbundesamtes, aus denen auch hervorgeht, daß weite Bevölkerungskreise noch kein

Auto besitzen.<sup>5</sup> Daß dies überwiegend Haushalte mit niedrigeren Einkommen sind, ist verständlich. Die Kraftfahrzeughaltung bringt einen gewissen Mindestaufwand mit sich, der nicht unterschritten werden kann. Wenn die Ergebnisse der täglichen Ausgabenverbuchung im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erst vorliegen, wird man sagen können, was den Bundesbürger die Unterhaltung eines Personenautos 1962 im Durchschnitt gekostet hat. Erstaunlich ist, daß es sogar unter den Haushalten mit einem Netto-Einkommen unter 300 DM Autobesitzer gibt. Hieran sieht man, daß Gebrauchsgüter nicht nur aus dem laufenden Einkommen, sondern auch durch die Auflösung von Ersparnissen oder anderen Vermögensbestandteilen angeschafft und unterhalten werden. Dies dürfte besonders bei Rentnern und Pensionären der Fall sein. Sie behalten den noch während der Erwerbstätigkeit angeschafften Personenwagen oder andere aufwendige Gebrauchsgüter weiter, obwohl ihr Einkommen nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben für gewöhnlich kleiner ist als vorher.

Von den 4,4 Millionen Personenautos der hochgerechneten Haushalte, bei denen Angaben über das Anschaffungsjahr vorliegen, hatten im Frühjahr 1962 nur knapp 5% ein Alter von zehn und mehr Jahren. Ein Viertel waren fünf bis neun Jahre alt, 40% hatten ein Alter von zwei bis vier Jahren und 30% waren jünger als zwei Jahre. Obwohl diese Altersstruktur recht günstig erscheint, ist doch abzusehen, daß drei Zehntel - nämlich die damals fünf und mehr Jahre älteren Wagen - nach und nach ersetzt werden müssen.

Motorräder (ohne Mopeds) spielen in den Haushalten nur noch eine geringe Rolle. Von den 17,4 Millionen Haushalten, für welche die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Gültigkeit haben, hatten nur 6% ein Motorrad. Etwas über diesem Durchschnitt mit Motorrädern versorgt waren die Haushalte mit einem Netto-Einkommen von 300 DM bis 800 DM und vor allem die Haushalte von selbständigen Landwirten. Von 100 landwirtschaftlichen Haushalten hatten im Frühjahr 1962 noch 18 ein Motorrad. Die Haushalte mit einem Einkommen unter 300 DM und die höheren Einkommenschichten waren in weniger Fällen als der Durchschnitt mit Motorrädern ausgerüstet.

Der Motorradbestand ist bedeutend älter als der Pkw-Bestand. Fast ein Fünftel aller Motorräder, bei denen Angaben über das Anschaffungsjahr vorlagen, hatten ein Alter von zehn und mehr Jahren. Nicht ganz die Hälfte war fünf bis neun Jahre alt. Nur ein Viertel war vor

<sup>5</sup> Vergleiche: "Die Autowelle in Schleswig-Holstein", in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 247 (August)

zwei bis vier Jahren neu angeschafft worden, und lediglich 9% waren jünger als zwei Jahre.

### Bildung und Unterhaltung

Aus diesem Bereich des privaten Verbrauchs wurde nach dem Vorhandensein von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten sowie Foto- und Kinoapparaten gefragt (vergleiche die Tabelle).

Das Radio war von allen Gebrauchsgütern, die in dem Fragebogen des einleitenden Interviews aufgeführt sind (vergleiche Fußnote 2), am meisten verbreitet. Wenn man die in Musikschränken und Musiktruhen eingebauten Rundfunkempfänger mitzählt, dann kamen im Schnitt auf je zehn Haushalte neun Rundfunkgeräte. Bedenkt man ferner, daß die kleineren Transistorgeräte vielleicht nicht immer erfaßt wurden, dann kann man auf dem Gebiet des Hörfunks na-

hezu von einer "Vollversorgung" der Haushalte sprechen. Obwohl es auch billige Radios gibt, war die unterste Einkommensgruppe mit einem Nettoeinkommen unter 300 DM auffallend geringer als der Durchschnitt mit Rundfunkgeräten ausgestattet. Nur knapp drei Viertel dieser Gruppe hatten im Frühjahr 1962 ein Radio. Die übrigen Einkommensgruppen waren dagegen ziemlich gleich gut mit Rundfunkempfängern versorgt. Bei den Landwirten und den Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 300 DM bis 600 DM betrug der Anteil der Radiobesitzer 90% und bei den drei oberen Einkommensgruppen der nichtlandwirtschaftlichen Haushalte lag er bei 95%. Bemerkenswert ist, daß bei den Haushalten mit höheren Einkommen der Anteil der eigentlichen Radios zugunsten der Ausstattung mit Musikschränken und Musiktruhen zurückgeht.

Die Ausstattung der Haushalte<sup>1</sup> mit ausgewählten Gebrauchsgütern für den Bereich "Bildung und Unterhaltung"

Haushalte Gegenstand	Haushalte insgesamt	Haushalte (ohne landwirtschaftliche) mit einem Netto-Einkommen von ... bis unter ... DM					Haushalte von Landwirten
		unter 300	300 - 600	600 - 800	800 - 1 200	1 200 und mehr	
Haushalte (in Millionen):	17,4	2,4	6,3	3,8	2,7	1,3	1,0
Von diesen Haushalten besaßen ... % nachstehende Gegenstände							
Radio	79,3	71,5	81,7	80,5	79,2	72,9	87,1
Musikschrank ohne Fernsehgerät mit	8,6	2,1	6,9	11,0	12,7	18,1	2,2
Fernsehgerät	2,3	0,5	1,8	3,2	3,3	5,1	0,4
Plattenspieler	34,4	14,7	34,3	43,7	43,3	43,6	13,0
Tonbandgerät	17,7	5,9	16,0	20,3	26,0	30,9	8,4
Fotoapparat	5,1	1,0	3,7	6,5	8,0	12,8	1,6
Diaprojektor	41,7	10,7	36,1	52,2	60,8	70,4	26,2
Filmkamera	4,8	0,5	2,2	4,9	9,7	18,2	0,7
Filmprojektor	1,8	0,4	0,6	1,6	3,3	9,0	0,4
	1,6	0,2	0,6	1,3	2,8	8,4	0,3

1) hochgerechnete Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 für das Bundesgebiet ohne Berlin

Rechnet man die in Musikschränken eingebauten Fernsehgeräte mit, so waren im Frühjahr 1962 37% der Haushalte Fernsehteilnehmer. Weit unter diesem Durchschnitt mit Fernsehapparaten versorgt waren die Landwirte (13%) und die Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 300 DM (15%). Die Familien mit einem Nettoeinkommen von 300 bis 600 DM erreichten gerade die durchschnittliche Versorgung. Dagegen waren die Haushalte der oberen drei Einkommensschichten fast gleich gut mit Fernsehgeräten ausgestattet; beinahe jeder zweite von ihnen war Fernsehteilnehmer. Bei diesen Haushalten nahm die Fernsehdichte kaum noch mit steigendem Einkommen zu. Vermutlich sind aber Unterschiede in der qualitativen Fernsehausstattung vorhanden. Der höhere Anteil der Musikschränke bei den Haushalten mit einem Einkommen über 1 200 DM läßt jedenfalls darauf schließen. Die Tatsache, daß bei den

Familien mit höherem Einkommen, die Fernsehdichte kaum noch zunimmt, hat zum Teil auch psychologische Gründe. Es gibt gerade unter den gutsituierten Familien etliche, die das Fernsehen bewußt ablehnen. Diese Ablehnung scheint besonders unter den Beamten und Pensionären des höheren Dienstes verbreitet zu sein. Denn die Beamten und Pensionäre hatten gerade in der obersten Einkommensschicht eine auffallend geringere Fernsehdichte aufzuweisen als die anderen sozialen Gruppen. So kamen bei den Haushalten, die monatlich über ein Nettoeinkommen von 1 200 DM und mehr verfügten, auf

100 Selbständige (ohne Landwirte)	53	Fernsehteilnehmer
100 Arbeiter	52	"
100 Rentner	51	"
100 Angestellte	48	"
100 Beamte	36	"
100 Pensionäre	34	"

Die Selbständigen (ohne Landwirte) und die Arbeiter waren auch im Durchschnitt und durchweg in allen Einkommensgruppen zahlenmäßig am besten mit Fernsehapparaten versorgt. Die geringste durchschnittliche Fernsehdichte hatten die Pensionäre und Rentner aufzuweisen. Im Mittel waren unter

100 Selbständigen (ohne Landwirte)	44	Fernsehteilnehmer	anzutreffen
100 Arbeitern	44	"	"
100 Angestellten	42	"	"
100 Beamten	42	"	"
100 Pensionären	30	"	"
100 Rentnern	28	"	"

Bemerkenswert ist, daß die Beamten, die netto 1 200 DM und mehr verdienen, mit einer Fernsehdichte von 36% deutlich unter dem Durchschnitt aller Beamten rangierten und die Pensionäre der gleichen Einkommensgruppe nur leicht über dem entsprechenden Durchschnitt lagen, während die guten Verdienner der übrigen sozialen Gruppen merklich besser mit Fernsehapparaten versorgt waren als der Durchschnitt ihrer Gruppe.

Etwa jeder sechste Haushalt besaß einen Plattenspieler. Hierbei wurden die in Musikschränken oder Musiktruhen eingebauten Plattenspieler nicht mitgezählt. Wenn man einfachheitshalber annimmt, daß jeder Musikschrank und jede Musiktruhe einen Plattenspieler enthält, dann erhöht sich der Anteil der Haushalte, die über einen Plattenspieler verfügen, von 18% auf 29%. Die Versorgung der Haushalte mit Plattenspielern steht in engem Zusammenhang mit der Höhe des Einkommens. Die Familien mit einem Netto-Einkommen unter 600 DM und die landwirtschaftlichen Haushalte hatten in weniger Fällen als der Durchschnitt einen Plattenspieler. Dagegen waren die Haushalte mit höheren Einkommen merklich über dem Durchschnitt mit Plattenspielern versorgt. Ähnlich wie es bei der Motorisierung und den Musikschränken und Musiktruhen der Fall war, nahm auch die Plattenspielerdichte bei den besser verdienenden Familien mit steigendem Einkommen zu.

Diesen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Höhe des Haushaltseinkommens und der Ausstattung des Haushalts kann man bei den meisten Gebrauchsgütern beobachten. Nicht durchgehend festzustellen ist dieser Zusammenhang hingegen bei den Radios, teils weil die eigentlichen Radiogeräte in nennenswertem Maße durch Musikschränke ersetzt werden, teils weil bereits ein gewisser Sättigungsgrad erreicht war. Bei den mechanischen Nähmaschinen, auf die später noch eingegangen wird, ist der hier aufgezeigte Zusammenhang auch nicht eindeutig. Das dürfte damit zusammenhängen, daß die mechanischen Nähmaschi-

nen in den besser verdienenden Haushalten durch elektrische abgelöst werden. Bei den Fernsehgeräten spielen, wie oben bereits angeführt, psychologische Gründe eine Rolle und wirken dem sonst beobachteten Zusammenhang von Einkommenshöhe und Ausstattungsgrad entgegen.

Das Bedürfnis für Tonbandgeräte scheint nicht so stark zu sein. Im Frühjahr 1962 war nur jeder zwanzigste Haushalt im Besitz eines Tonbandgerätes. Die Versorgungsrate lag in den fünf Einkommensgruppen der nichtlandwirtschaftlichen Haushalte zwischen 1% und 13%. Nur knapp 2% der landwirtschaftlichen Haushalte hatten ein Tonbandgerät.

Von den Apparaten zum Fotografieren, Filmen und Projizieren hatte im Frühjahr 1962 nur der Fotoapparat eine nennenswerte Verbreitung aufzuweisen. Reichlich zwei Fünftel der Haushalte verfügten damals über einen Fotoapparat. Dabei wurden alle Apparate mitgezählt, von der einfachen Box bis zur teuren Kamera. Die Versorgung der Haushalte mit Fotoapparaten hängt eindeutig mit der Höhe des Einkommens zusammen. Bei den nichtlandwirtschaftlichen Haushalten schwankte die Versorgungsrate in den fünf Einkommensgruppen von 11% bis 70%. Bei den Landwirten war lediglich in jedem vierten Haushalt ein Fotoapparat anzutreffen.

Abgesehen von der reichlichen Versorgung mit eigentlichen Radiogeräten, waren die landwirtschaftlichen Haushalte mit den übrigen hier ausgewählten Gebrauchsgütern aus der Bedarfsgruppe "Bildung und Unterhaltung" zahlenmäßig kaum besser ausgestattet als die Haushalte der untersten Einkommensgruppe mit einem Netto-Einkommen unter 300 DM. Bei keinem der in der ersten Tabelle aufgeführten Gegenstände - außer dem Radio - erreichten sie auch nur annähernd den Versorgungsgrad der nächst höheren Einkommensschicht (300 DM - 600 DM Netto-Einkommen). Dieses Ergebnis dürfte einerseits daherrühren, daß die Landwirte nur verhältnismäßig wenig Freizeit haben. Andererseits dürfte hier ebenfalls der Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Ausstattungsgrad mitspielen. Das verfügbare Einkommen wird in der Landwirtschaft in sehr starkem Maße zum Finanzieren von Investitionen und notwendigen Haushaltsgeräten verwendet, so daß die Ausstattung des Haushalts mit den Gebrauchsgütern aus dem Bereich "Bildung und Unterhaltung" häufig zurückgestellt werden muß. Die teilweise recht aufwendige Ausstattung der landwirtschaftlichen Haushalte mit Gebrauchsgütern der Bedarfsgruppe "Hausrat" bestätigt diese Vermutungen. So waren z. B. Tiefkühltruhen in nennenswertem Maße nur bei

den selbständigen Landwirten anzutreffen (vergleiche die zweite Tabelle). Auch mit Nähmaschinen waren die Bäuerinnen am besten versorgt, und mit Waschmaschinen, Wäscheschleudern, Heimbüglern und Küchenmaschinen waren sie überdurchschnittlich ausgerüstet.

Der Diaprojektor war im Frühjahr 1962 genau so wenig in den Haushalten vertreten wie das Tonbandgerät, nämlich nur in jedem zwanzigsten Haushalt. Besser mit Diaprojektoren ausgestattet waren lediglich die Familien der beiden obersten Einkommensklassen. Von den Haushalten, die über ein Netto-Einkommen von 800 DM bis 1 200 DM verfügten, hatte jeder zehnte einen Projektor zum Vorführen von Dias. Die Haushalte, deren Netto-Einkommen 1 200 DM und mehr betrug, besaßen zu 18% solche Apparate.

Die Apparate zum Filmen und Vorführen von Filmen waren vor zwei Jahren in den westdeutschen Haushalten nur verhältnismäßig selten anzutreffen. Auf 100 Haushalte kamen im Schnitt weniger als zwei Filmkameras und Filmprojektoren. In nennenswertem Maße waren diese Geräte lediglich bei der obersten Einkommensgruppe vorhanden. Neun Prozent dieser Haushalte (Netto-Einkommen 1 200 und darüber) hatten eine Filmkamera und 8% ein Vorführgerät. Die Versorgungsrate der Projektoren lag nur leicht unter der der Kameras, woraus man schließen kann, daß sich die Haushalte, die sich für das Filmen interessieren, meistens nicht nur eine Filmkamera, sondern auch einen Filmprojektor angeschafft haben.

## Hausrat

Nach dem Radio war der Staubsauger von allen ausgewählten Gebrauchsgütern (vergleiche Fußnote 2) am meisten verbreitet. Von je drei Haushalten hatten im Schnitt zwei einen Staubsauger. Wieweit die Haushalte mit Staubsaugern versorgt sind, hängt vom Einkommen ab, wie die zweite Tabelle zeigt. Von den Familien, deren Netto-Einkommen unter 300 DM lag, besaß nur jede dritte einen Staubsauger. Beiden landwirtschaftlichen Haushalten war das gleiche Ergebnis festzustellen. In der nächst höheren Einkommensgruppe (300 bis 600 DM Netto-Einkommen), zu der reichlich ein Drittel aller Haushalte gehörte, verfügten bereits 63% über einen Staubsauger. Die Haushalte der übrigen drei Gruppen waren zu 76%, 82% und 89% mit Staubsaugern ausgerüstet. Höhere Versorgungsraten hatte nur das Radio aufzuweisen, bei den besser verdienenden Haushalten allerdings auch nur, wenn man die in Musikschränken und Musiktruhen eingebauten Geräte mitzählt. Die Nähmaschine und der Kühlschrank, die auch stark verbreitet waren, blieben deutlich hinter dem Staubsauger zurück.

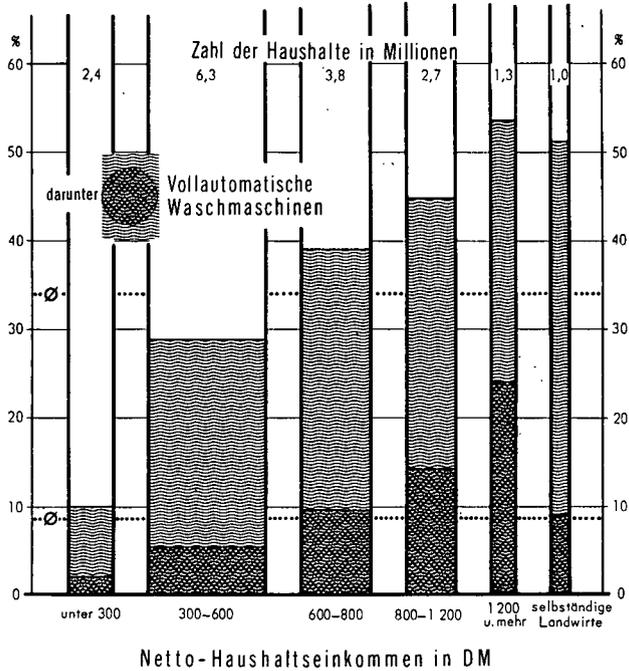
Im Frühjahr 1962 stand in jedem dritten Haushalt irgendeine elektrische Waschmaschine. Ein Viertel dieser Waschmaschinen war vollautomatisch. Die einfachen und halbautomatischen Waschmaschinen waren verständlicherweise viel stärker verbreitet, weil die vollautomatischen bedeutend teurer sind und später auf den Markt kamen. Wie das nebenstehende Bild zeigt, nimmt die Versorgung der Haushalte mit Waschmaschinen mit steigendem Einkommen zu. Von den Familien, deren Netto-

Die Ausstattung der Haushalte<sup>1</sup> mit ausgewählten Gebrauchsgütern für den Bereich "Hausrat"

Haushalte — Gegenstand	Haushalte Insgesamt	Haushalte (ohne landwirtschaftliche) mit einem Netto-Einkommen von ... bis unter ... DM					Haushalte von Landwirten
		unter 300	300 – 600	600 – 800	800 – 1 200	1 200 und mehr	
Haushalte (in Millionen)	17,4	2,4	6,3	3,8	2,7	1,3	1,0
Von diesen Haushalten hatten ... % nachstehende Gegenstände							
Staubsauger	64,7	33,0	63,0	75,6	82,4	89,2	34,7
Wäscheschleuder	26,6	11,2	27,0	30,2	28,6	25,3	43,1
Waschmaschine (einfache und halbautomatische)	25,3	8,3	23,6	29,4	30,6	29,4	42,3
Waschautomat	8,6	1,8	5,2	9,6	14,2	24,1	9,0
Heimbügler	1,1	0,2	0,5	0,8	1,5	5,3	1,5
Nähmaschine (mechanisch)	47,0	40,0	45,0	46,3	47,1	45,5	79,5
Nähmaschine (elektrisch)	10,1	3,4	8,1	11,6	14,9	21,5	6,0
Kühlschrank	51,8	18,2	46,4	64,2	71,3	80,8	32,3
Tiefkühltruhe	2,7	0,5	0,7	0,8	1,3	2,7	29,7
Mixgerät	13,3	4,9	10,7	15,8	19,7	25,0	8,6
Küchenmaschine (elektrisch)	13,1	2,7	9,0	14,6	20,2	31,4	15,7
Kaffeemaschine	4,0	1,5	3,0	4,4	5,6	11,0	2,2
Grill	1,8	0,3	1,0	1,6	2,6	7,8	0,8
Geschirrspülmaschine	0,2		0,1	0,1	0,3	1,5	0,1

1) hochgerechnete Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 für das Bundesgebiet ohne Berlin

## Die Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Waschmaschinen im Frühjahr 1962



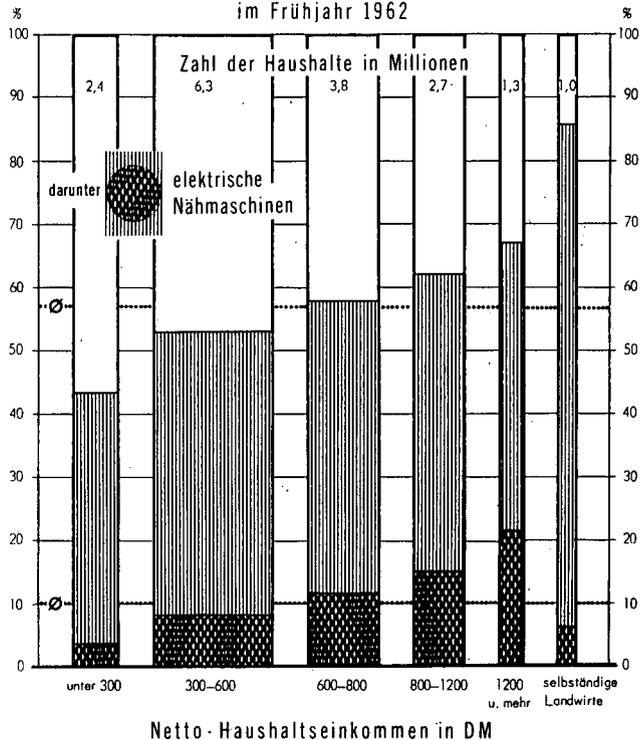
Einkommen unter 300 DM lag, besaß nur jede zehnte eine Waschmaschine. Die Haushalte der nächst höheren Einkommensklasse waren auch noch unterdurchschnittlich mit Waschmaschinen ausgestattet. Erst bei Netto-Einkommen von 600 DM bis 800 DM waren die Haushalte über dem Durchschnitt mit Waschmaschinen versorgt; hier verfügten von zehn vier über eine Waschmaschine. Den zahlenmäßig höchsten Ausstattungsgrad hatten die Haushalte der höchsten Einkommensgruppe und die landwirtschaftlichen Haushalte aufzuweisen; hier war jede zweite Familie im Besitz einer Waschmaschine. Auffallend ist jedoch, daß von den Waschmaschinen, die in den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe standen, 45% vollautomatisch waren, während der Anteil der Waschautomaten in den landwirtschaftlichen Haushalten nur 18% ausmachte. Die Haushalte mit hohem Einkommen hatten demnach nicht nur häufiger eine Waschmaschine, sie waren im Schnitt auch mit hochwertigeren Waschmaschinen ausgerüstet. In den beiden unteren Einkommensgruppen und in den landwirtschaftlichen Haushalten waren nämlich lediglich 18% der Waschmaschinen vollautomatisch. In den übrigen drei Einkommensgruppen betrug der Anteil der Waschautomaten dagegen 25%, 32% und 45%. Es handelt sich hier um die gleiche Erscheinung, die schon bei den Rundfunkgeräten und Nähmaschinen beobachtet wurde, nämlich daß die Haushalte mit höherem Einkommen reichlicher und häufiger mit aufwendigeren Fabrikaten ausgestattet sind.

Die Wäscheschleuder war im Durchschnitt etwa gleich stark verbreitet wie die einfachen und halbautomatischen Waschmaschinen. Häufig wird die Wäscheschleuder in Verbindung mit einer Waschmaschine, mit der man nicht schleudern kann, benutzt. Am meisten war die Wäscheschleuder bei den selbständigen Landwirten und bei den Haushalten mit einem Netto-Einkommen von 600 DM bis 800 DM vertreten. In den beiden höchsten Einkommensgruppen war der Versorgungsgrad etwas kleiner als in der Gruppe darunter. Das kommt daher, daß die Haushalte mit hohem Einkommen häufiger einen Waschautomaten ihr eigen nannten, mit dem man die Wäsche auch schleudern kann.

Maschinell geplättet haben die westdeutschen Hausfrauen nur sehr vereinzelt. Auf 100 Haushalte entfiel vor zwei Jahren im Schnitt nur ein Heimbügler. Selbst in den Familien, deren Netto-Einkommen 1 200 DM und mehr betrug, verfügte nur jede neunzehnte Hausfrau über einen Heimbügler.

Nicht ganz die Hälfte aller Haushalte besaß eine mechanische Nähmaschine und ein Zehntel eine elektrische. Die nichtlandwirtschaftlichen Haushalte waren rein zahlenmäßig ziemlich gleich gut mit mechanischen Nähmaschinen versorgt. Die Ausstattungsrate bewegte sich zwischen 40% und 47%. Das hat mehrere Gründe.

## Die Ausstattung der privaten Haushalte mit Nähmaschinen im Frühjahr 1962



Die mechanische Nähmaschine hat eine lange Lebensdauer, so daß etliche junge Hausfrauen eine von ihrer Mutter oder Großmutter übernommen haben. Da andererseits die besser verdienenden Haushalte vielfach zur elektrischen Nähmaschine übergehen, kann man "gebrauchte" mechanische Nähmaschinen recht preisgünstig kaufen.

Die Ausstattung der Haushalte mit elektrischen Nähmaschinen hing dagegen eindeutig mit der Höhe des Haushaltseinkommens zusammen, wie das vorstehende Bild veranschaulicht. In den drei oberen Einkommensschichten der nichtlandwirtschaftlichen Haushalte beliefen sich die Versorgungsraten auf 12%, 15% und 22%. - Insgesamt am häufigsten war die Nähmaschine in den Haushalten der selbständigen Landwirte anzutreffen: Hier kamen auf 100 Familien 86 Nähmaschinen, von denen allerdings nur 7% elektrisch waren. Bei den übrigen Familien nahm die Gesamtzahl der Nähmaschinen mit steigendem Einkommen zu, wobei die Zunahme besonders durch den kräftig wachsenden Anteil der elektrischen Maschinen verursacht wurde. Hieraus kann man schließen, daß das Schneiden und Ausbessern mit der Maschine eher eine Liebhaberei als eine Notwendigkeit ist; denn sonst müßten sich die Nähmaschinen gerade entgegengesetzt verteilen.

Rund jeder zweite Haushalt war im Besitz eines Kühlschranks. Bemerkenswert ist, daß vor zwei Jahren noch die beiden untersten Einkommensgruppen und die landwirtschaftlichen Haushalte unter diesem Durchschnitt mit Kühlschränken ausgerüstet waren. Was die Haushalte der selbständigen Landwirte anbetrifft, muß allerdings erwähnt werden, daß drei Zehntel von ihnen eine Tiefkühltruhe besaßen. Wenn man einfachheitshalber annimmt, daß sie nur das eine oder das andere Kühlgerät hatten, so waren sie insgesamt merklich besser mit Kühlgeräten versorgt als der Durchschnitt. Die drei oberen Einkommensgruppen der nichtlandwirtschaftlichen Haushalte waren zu 64%, 71% und 81% im Besitz eines Kühlschranks. Tiefkühltruhen befanden sich hingegen in nennenswertem Maße nur in den Haushalten der selbständigen Landwirte. Von 100 Bäuerinnen konnten 30 ihr Fleisch, Obst, Gemüse usw. in Tiefkühltruhen einfrieren. Von 100 Hausfrauen der höchsten Einkommensklasse dagegen konnten dies nur drei.

Ein Mixgerät und eine elektrische Küchenmaschine traf man bei 13% der Haushalte an. Die Haushalte der beiden oberen Einkommensgruppen waren jedoch weit über Durchschnitt mit diesen Gebrauchsgütern ausgestattet. Von 100 Familien mit einem Nettoeinkommen von

800 bis unter 1 200 DM hatten  
20 ein Mixgerät und  
20 eine Küchenmaschine

1 200 DM und mehr hatten  
25 ein Mixgerät und  
31 eine Küchenmaschine

Lediglich 4% der Haushalte genossen den Komfort einer Kaffeemaschine und nur 2% besaßen einen Grill. Eine Geschirrspülmaschine hatten von 1 000 Hausfrauen nur zwei. Gerade bei diesen - vorläufig noch als Luxusgüter angesehenen - Küchengeräten zeigt sich eine starke Abhängigkeit der Versorgung von der Höhe des Einkommens. So war der Anteil der Grillbesitzer in der höchsten Einkommensgruppe mit 7,8% nahezu achtmal so groß wie der entsprechende Anteil in der zweituntersten Einkommensgruppe.

Es wird interessant sein, festzustellen, wie sich die Ausstattung der privaten Haushalte mit den bisher nicht so stark verbreiteten Gebrauchsgütern bis zur nächsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in spätestens drei Jahren verbessert haben wird. Wenn man einmal alle Gebrauchsgüter, nach deren Vorhandensein in den Haushalten gefragt wurde, nach ihrer zahlenmäßigen Verbreitung ordnet, ergibt sich nachstehende Rangfolge:

Von 100 Haushalten hatten

90,2 %	eine(n) Rundfunkempfänger
64,7 %	" Staubsauger
57,1 %	" Nähmaschine
51,8 %	" Kühlschrank
41,7 %	" Fotoapparat
36,7 %	" Fernsehgerät
33,9 %	" Waschmaschine
28,6 %	" Plattenspieler
27,3 %	" Personenwagen
26,6 %	" Wäscheschleuder
13,7 %	" Telefon
13,3 %	" Mixgerät
13,1 %	" Küchenmaschine
6,1 %	" Motorrad
5,1 %	" Tonbandgerät
4,8 %	" Diaprojektor
4,0 %	" Kaffeemaschine
2,7 %	" Tiefkühltruhe
1,8 %	" Grill
1,8 %	" Filmkamera
1,6 %	" Filmprojektor
1,1 %	" Heimbügler
0,2 %	" Geschirrspülmaschine

Erst an 11. Stelle steht das Telefon. Im Schnitt hatten nur knapp 14% der Haushalte im Frühjahr 1962 ein Telefon. In den beiden untersten Einkommensgruppen befand sich lediglich in 3% bzw. 7% der Haushalte ein Fernsprecher. Die Landwirte und die Familien, deren monatliches Netto-Haushaltseinkommen zwischen 600 DM und 800 DM lag, verfügten zu 12% über ein Telefon. Von den Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 800 DM bis 1 200

DM hatte jeder vierte einen Fernsprechananschluß und von den Haushalten, die 1 200 DM und mehr Nettoeinkommen bezogen, sogar jeder zweite. Die Telefondichte wäre allerdings höher gewesen, wenn alle, die bei der Post ein Telefon be-

stellt und zum Teil schon lange darauf gewartet hatten, den Anschluß schon erhalten hätten. Ende 1962 warteten rund 300 000 auf einen Fernsprechananschluß.

Dr. Enno Heeren

## Die Personal- und Lohnstruktur in der Landwirtschaft 1962

### Erfasste Betriebe und Arbeitnehmer

Die Auswahlgrundlage für die repräsentative Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1962 war aus dem Material der Landwirtschaftszählung 1960 gebildet worden. Zwischenzeitliche Betriebsauflösungen und Abwanderung der letzten landwirtschaftlichen Arbeiter aus dem einen oder anderen Betrieb führten dazu, daß nicht alle ausgewählten Betriebe in die Erhebung einbezogen werden konnten. Auch verspäteter Eingang und Ausbleiben von Meldungen verminderten die Zahl der Berichtsbetriebe. Es gelangten daher schließlich in Schleswig-Holstein in der Betriebsgrößenklasse I (20 bis unter 50 ha landwirtschaftliche Nutzfläche) 1 104 Betriebe und in der Betriebsgrößenklasse II (50 und mehr ha landwirtschaftliche Nutzfläche) 1 105 Betriebe in die Auswertung. Das Verhältnis der beiden Betriebsgrößenklassen zueinander, das im Bund durch 5 223 : 2 895 verbliebene Betriebe gebildet wurde, war also in Schleswig-Holstein völlig anders: Hier hielten die größeren Betriebe den kleineren die Waage, waren also viel stärker vertreten als im Bundesdurchschnitt. In diesem Bild spiegelt sich die Struktur der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein wider.

### Monatslöhner

In den schleswig-holsteinischen Betrieben der Betriebsgrößenklasse I wurden 572 Monatslöhner, in den Betrieben der Größenklasse II 791 Monatslöhner und 104 Angestellte, zusammen also 1 363 landwirtschaftliche Arbeiter im Monatslohn und 104 Angestellte erfaßt. Im Durchschnitt ergab sich eine Besetzungsdichte von 1,2 Monatslöhnern in den kleineren und von 1,4 Monatslöhnern und 1,3 Inspektoren und Verwaltern in den größeren Betrieben. Gegenüber der bundesdurchschnittlichen Besetzungsdichte, die 1,3 Monatslöhner in den kleineren, 1,8 Monatslöhner in den größeren Betrieben und 1,2 Inspektoren und Verwalter ausmachte, ergeben sich nur unwesentliche Abweichungen.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Monatslöhner in Schleswig-Holstein war auffallend gering. Während im Bund von den erfaßten Arbeitern im Monatslohn rund ein Fünftel Frauen waren - bei der letzten Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Jahre 1953 waren es noch 36% - belief sich der Anteil der weiblichen Monatslöhner in Schleswig-Holstein auf nur 5%. Wie im Bund, so ist auch in Schleswig-Holstein der Anteil der Frauen in den kleineren

Erfasste Beschäftigte im Monatslohn nach Betriebsgrößenklassen, Arbeitergruppen und Geschlecht

Beschäftigtengruppe	Betriebsgrößenklasse								
	I			II			I und II zusammen		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe									
Facharbeiter <sup>1</sup>	-	-	-	178	3	181	178	3	181
Spezialarbeiter	-	-	-	46	-	46	46	-	46
Londarbeiter	386	26	412	429	9	438	815	35	850
Hilfsarbeiter	39	7	46	12	4	16	51	11	62
insgesamt	425	33	458	665	16	681	1 090	49	1 139
Jugendliche	102	12	114	105	5	110	207	17	224
Alle Arbeiter insgesamt	527	45	572	770	21	791	1 297	66	1 363
Inspektoren und Verwalter	-	-	-	104	-	104	104	-	104

1) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

Betrieben größer (8%) als in Betrieben mit 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (3%). Diese Tendenz gilt auch dann noch, wenn man die qualifizierten Fach- und Spezialarbeiter, die nur in den größeren Betrieben erfaßt wurden und unter denen sich nur 3 Frauen befanden, unberücksichtigt läßt.

Die meisten Monatslöhner waren ihrer Qualifikation nach Landarbeiter; in der Betriebsgrößenklasse I machte ihr Anteil 72% aus, in II 55%. Die Hilfsarbeiter stellten 8% der Monatslöhner und die Jugendlichen 20% in der Betriebsgrößenklasse I und 2% bzw. 14% in der Betriebsgrößenklasse II. Fach- und Spezialarbeiter in II kamen zusammen auf nur 29%. Im Bund ergab die Erhebung ungefähr die gleichen Anteile der Landarbeiter an der Gesamtzahl der Erfaßten; die Fach- und Spezialarbeiter erzielten im Bund demgegenüber einen Anteil von 32%, wogegen Hilfsarbeiter und Jugendliche entsprechend weniger zahlreich vertreten waren. Jeder dritte Arbeitnehmer in der Landwirtschaft des Bundesgebietes war also ein Fach- oder Spezialarbeiter; dieser Grad der Ausbildung war demnach 1962 in Schleswig-Holstein noch nicht ganz erreicht. Der Anteil der qualifizierten Arbeiter blieb hinter dem der Facharbeiter in der Industrie (60% neben 24% Angelernten und 16% Ungelernten), sofern man diese Arbeitergruppen vergleichen will, um die Hälfte zurück.

Die erfaßten männlichen Monatslöhner der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Altersklassen in %

Altersklasse in Jahren	Facharbeiter <sup>1</sup>	Spezialarbeiter	Landarbeiter	Hilfsarbeiter
21 - 25	28	20	26	18
25 - 35	44	48	39	37
35 - 45	13	20	10	20
45 - 55	6	7	12	8
55 - 65	9	7	13	16
65 und mehr	-	-	1	2
<b>Insgesamt (Anzahl)</b>	<b>178</b>	<b>46</b>	<b>815</b>	<b>51</b>

1) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

Auffallend viele der erfaßten männlichen Monatslöhner der höchsten tarifmäßigen Altersstufe befanden sich in der Altersklasse von 25 - 35 Jahren. Diese Altersklasse stellte 44% der Facharbeiter, 48% der Spezialarbeiter, 39% der Landarbeiter und 37% der Hilfsarbeiter. Weitere 28, 20, 26 und 18% männlicher Monatslöhner waren 21 - 25 Jahre alt. 35 Jahre und älter waren demnach nur 28%. Facharbeiter, 33% Spezialarbeiter, 35% Landarbeiter und 45% Hilfsarbeiter; in den älteren Jahrgängen sind also die landwirtschaftlichen Fachkräfte weniger stark vertreten.

#### Stundenlöhner

Die Zahl der in der Betriebsgrößenklasse II neben den Monatslöhnern und Angestellten er-

faßten Stundenlöhner belief sich auf 1 843 männliche und 85 weibliche Arbeiter, zusammen auf 1 928 Arbeiter im Stundenlohn. Bei 1 105 Betrieben dieser Größenklasse ergab sich somit eine Besetzungsdichte von 1,9 Stundenlöhnern je Betrieb in Schleswig-Holstein.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Stundenlöhner ist hier mit 4,4% etwas größer als bei den Monatslöhnern der Klasse II, wo er sich auf 3% belief.

Erfaßte Arbeiter im Stundenlohn nach Arbeitergruppen und Geschlecht

Arbeitergruppe	Männlich	Weiblich	Zusammen
Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe			
Facharbeiter <sup>1</sup>	99	-	99
Spezialarbeiter	385	-	385
Landarbeiter	1 101	37	1 138
Hilfsarbeiter	6	6	12
<b>insgesamt</b>	<b>1 591</b>	<b>43</b>	<b>1 634</b>
Jugendliche	19	-	19
Nicht ständige Landarbeiter <sup>2</sup>	233	42	275
<b>Alle Arbeiter insgesamt</b>	<b>1 843</b>	<b>85</b>	<b>1 928</b>

1) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

2) Arbeiter mit weniger als 1 000 Stunden im Jahr

Auch bei den Stundenlöhnern war die Gruppe der Landarbeiter am stärksten vertreten. Auf die Facharbeiter entfielen 5%, auf die Spezialarbeiter 20%, auf die Landarbeiter 59%, auf die Hilfsarbeiter 1% der Stundenlöhner, dazu kamen 1% Jugendliche und 14% nicht ständige Landarbeiter, d. h. Arbeiter, deren bezahlte Arbeitszeit im Jahr 1 000 Stunden nicht überstieg.

Der Anteil der weiblichen Landarbeiter an allen weiblichen Stundenlöhnern war mit 44% kleiner als der der männlichen (60%), der der weiblichen Hilfsarbeiter mit 7% dagegen auch hier größer als der der männlichen (0,3%). Weibliche Fach- und Spezialarbeiter befanden sich nicht unter den erfaßten Stundenlöhnern, dgl. fehlten jugendliche weibliche Arbeitskräfte völlig.

Das größte Kontingent der weiblichen Stundenlöhner entfiel auf die nicht ständigen Landarbeiter; es betrug 49% und war damit relativ

Die erfaßten männlichen Stundenlöhner der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Altersklassen in %

Altersklasse in Jahren	Facharbeiter <sup>1</sup>	Spezialarbeiter	Landarbeiter
21 - 25	5	5	3
25 - 35	24	41	25
35 - 45	26	24	17
45 - 55	15	15	23
55 - 65	26	15	29
65 und mehr	3	1	2
<b>Insgesamt (Anzahl)</b>	<b>99</b>	<b>385</b>	<b>1 101</b>

1) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

viermal so groß wie das der Männer. Nur die Hälfte der Stundenlöhnerinnen konnte ihre ganze Arbeitskraft für Beruf und Erwerb zur Verfügung stellen. Da sich für die halbtags und stundenweise Beschäftigten die Entlohnungsform des Stundenlohnes anbietet und solche Arbeitnehmer nicht als Monatslöhner erscheinen, erklärt es sich, daß die Zahl der im Stundenlohn beschäftigten Frauen die der weiblichen Monatslöhner in der Betriebsgrößenklasse II um das Vierfache übersteigt.

Wie bei den Monatslöhnern war auch die Mehrzahl der männlichen Stundenlöhner der höchsten tarifmäßigen Altersstufe zwischen 25 und 35 Jahre alt; allerdings überwog diese Altersklasse nicht so stark. Ihr Anteil an allen Facharbeitern betrug nur 24%, an allen Spezialarbeitern 41% und an allen Landarbeitern 25%. Nicht ständige Landarbeiter kamen in allen Altersklassen vor; die Altersklasse von 25 bis 35 Jahren war doppelt so stark besetzt wie die von 35 bis 45 Jahren.

Die erfaßten männlichen Arbeiter gliederten sich nach ihrer Verdienstabrechnungsform in 59% Stundenlöhner und 41% Monatslöhner, die weiblichen in 52% Stundenlöhner und 48% Monatslöhner.

#### Monatslöhnerverdienste in den Betriebsgrößenklassen

In der Betriebsgrößenklasse I erzielten die Landarbeiter einen durchschnittlichen Monatslohn von 463 DM, in II von 493 DM brutto; der Durchschnitt beider lag bei 474 DM. Der Gesamtbruttomonatsverdienst von 474 DM setzte sich aus 377 DM Barverdienst und 97 DM Naturalverdienst zusammen. Die gesetzlichen Abzüge, d.h. Lohnsteuer (ohne Kirchensteuer) und Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung, machten zusammen 17,7% des Gesamtbruttomonatsverdienstes = 84 DM aus. Ein Landarbeiter im Monatslohn verdiente also in Schleswig-Holstein durchschnittlich 390 DM netto.

Bruttomonatsverdienste der erfaßten männlichen Monatslöhner<sup>1</sup> in DM

	Betriebsgrößenklasse		Zusammen
	I	II	
Facharbeiter <sup>2</sup>	—	525	525
Spezialarbeiter	—	518	518
Landarbeiter	463	493	474
Hilfsarbeiter	381	(344)	376
<b>Insgesamt</b>	<b>456</b>	<b>501</b>	<b>476</b>

1) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe

2) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

Die männlichen Landarbeiter der größeren Betriebe im Monatslohn erzielten einen um 6%

höheren Lohn als die Landarbeiter in Betrieben mit 20 bis 50 ha LN. Im Bund beträgt die Differenz zwischen den in größeren und kleineren Betrieben bezahlten Monatslöhnen sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Landarbeitern gleichmäßig 10% zugunsten der größeren Betriebe.

Die Aussage über den Monatslohn der Hilfsarbeiter in Betriebsgrößenklasse II scheint durch die zufällige Häufung bestimmter Merkmale bei der geringen Zahl der Erfassten beeinträchtigt zu sein. Der Monatslohn der Hilfsarbeiter in den kleineren Betrieben Schleswig-Holsteins belief sich auf 381 DM, in den größeren dagegen nur auf 344 DM. Das ergäbe die umgekehrte Relation wie bei den Landarbeitern und stände außerdem im Widerspruch zu dem im gesamten Bundesgebiet festgestellten Verhältnis, wonach der Hilfsarbeitermonatslohn in kleineren und größeren Betrieben nur einen geringfügigen Unterschied aufwies. Es sollte daher die als Monatslohn der Hilfsarbeiter in Betrieben mit 50 und mehr ha LN ermittelte Zahl nur mit Vorbehalt verwendet werden. Ein Vergleich der Verdienstunterschiede bei Spezial- und Facharbeitern ist überhaupt nicht möglich, weil in der Betriebsgrößenklasse I nur Land- und Hilfsarbeiter erfaßt wurden.

#### Lohnvergleich zwischen den Arbeitergruppen

Ein Vergleich der Durchschnittsmonatslöhne für die verschiedenen Arbeitergruppen führt zu der Feststellung, daß sich, von den Landarbeitern her gesehen, die Verdienste der Hilfsarbeiter sehr stark nach unten abstufen. Leider wird auch dieser Vergleich von der ungewissen Höhe des Monatslohnes der Hilfsarbeiter in Betriebsgrößenklasse II beeinflusst; die Differenz machte hier rund 150 DM aus. Aber auch in der Betriebsgrößenklasse I, wo uns aussagekräftige Zahlen zur Verfügung stehen, ergab sich ein Unterschied von 82 DM monatlich. Zwischen Landarbeitern der Betriebsgrößenklasse II und Spezialarbeitern belief sich der Unterschied auf 25 DM, zwischen Landarbeitern und Facharbeitern auf 32 DM zugunsten der qualifizierten Gruppe. Wenn man also den Gesamtbruttomonatsverdienst der Landarbeiter = 100% setzt, verdienen die Hilfsarbeiter in den kleineren Betrieben 80% (in den größeren sogar nur 73%), die Spezialarbeiter verdienen dagegen 109% und die Facharbeiter 111%. Die Spanne zwischen den Monatslöhnen der Spezial- und Facharbeiter ist auffallend gering (7 DM); die sehr viel umfassendere Berufsausbildung der Facharbeiter wurde bisher also nicht entsprechend honoriert.

Die in der Gruppe der Jugendlichen zusammengefaßten Arbeiter aller Qualifikationen, die noch nicht den Anspruch auf den vollen Tariflohn

haben, verdienten in den kleineren Betrieben nur wenig mehr als die Hilfsarbeiter. In den größeren Betrieben war, da hier auch die höher qualifizierten Tätigkeiten der jugendlichen Fach- und Spezialarbeiter erfaßt wurden, der Abstand zum Verdienst der Hilfsarbeiter - immer vorbehaltlich etwaiger Zufälligkeiten des ermittelten Hilfsarbeiterlohnes in der Größenklasse II - größer, so daß die Mitte zwischen Land- und Hilfsarbeiterlöhnen etwas überschritten wurde.

Die Verdienste der Inspektoren und Verwalter zeigen, daß ihre Arbeit bei einem Gehalt von durchschnittlich 850 DM brutto um über 60% höher bewertet wurde als die der höchstqualifizierten Arbeitergruppe (der durchschnittliche Gesamtbruttoverdienst der Facharbeiter lag bei etwa 525 DM). Von den erfaßten 104 Angestellten erhielten 19, also noch nicht jeder Fünfte, im Laufe des Jahres zusätzliche Leistungen in Form von Tantiemen und Barprämien. Diese beliefen sich im Durchschnitt auf 1 625 DM im Jahr bzw. 135 DM im Monat. Bezogen auf alle erfaßten Inspektoren und Verwalter ergibt sich damit eine zusätzliche monatliche Einnahme von rund 25 DM.

#### Verdienste der weiblichen Monatslöhner

Brauchbare Verdienstangaben für weibliche Monatslöhner haben sich in Schleswig-Holstein nur für die Gruppe der Landarbeiterinnen ergeben, nicht dagegen für die der Hilfsarbeiterinnen. In beiden Betriebsgrößenklassen zusammen verdienten die Landarbeiterinnen monatlich insgesamt 357 DM brutto. Damit lagen sie um 117 DM oder 25% unter dem Monatslohn ihrer männlichen Kollegen. Sie verdienten sogar im Monat 19 DM weniger als die männlichen Hilfsarbeiter beider Betriebsgrößenklassen oder 24 DM weniger als die männlichen Hilfsarbeiter der kleineren Betriebe. Der schleswig-holsteinische Landarbeitertarif setzt keinen Verdienstunterschied zwischen männlichen und weiblichen Landarbeitern fest, sondern unterscheidet zwischen körperlich leichteren und

schwereren Arbeiten. Da die leichteren Arbeiten vornehmlich von Frauen besorgt werden und der niedrigere Lohn somit öfter bei Frauen vorkommt, liegt der Durchschnittslohn der Frauen infolge der Unterschiedlichkeit der Arbeiten unter dem der Männer. Ob darüber hinaus eine Unterbewertung der weiblichen Arbeitskraft oder die andersgeartete Alters- und Familienstruktur der weiblichen Landarbeiter auf den Frauenlohn drückt, läßt sich schwer sagen.

#### Naturalverdienst

Der in Form von Sachleistungen gewährte Teil des Gesamtbruttoverdienstes war bei den Arbeitergruppen verschieden groß. Er belief sich bei den Facharbeitern auf 21%, bei den Spezialarbeitern auf 18% und bei den Landarbeitern (aller Betriebe) auf 21%. Bei den Hilfsarbeitern machte er beinahe ein Drittel des Gesamtlohnes aus, nämlich 31%. Er war bei den Landarbeitern der kleineren Betriebe größer (22%) als in den größeren Betrieben (18%) und bei den weiblichen Landarbeitern höher (31%) als bei den männlichen (21%).

Da der Hauptbestandteil des Naturalverdienstes in der Gewährung von Kost und Wohnung besteht, dürfte es interessieren, wieviele Monatslöhner freie Station erhielten. In den Betrieben von 20 bis 50 ha LN bekamen vier Fünftel der Monatslöhner Wohnung und Verpflegung im Hause des Arbeitgebers, in den größeren Betrieben waren es nur drei Fünftel. Die Monatslöhner, die in die Hausgemeinschaft aufgenommen sind, dürften überwiegend ledig sein.

#### Gesetzliche Abzüge

Der Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung belief sich bei den Arbeitern durchschnittlich auf 11,6% des Gesamtbruttoverdienstes, bei den Angestellten dagegen nur auf durchschnittlich 8,2%, weil letztere zu einem Teil ein über der Pflichtgrenze der Krankenversicherung liegendes Gehalt bezogen. Ferner gingen vom Gesamtbruttoverdienst aller Arbeiter im Durchschnitt 6,1% Lohnsteuer herunter, ehe sich der Nettoverdienst ergab. Bei den Angestellten betrug die Lohnsteuer durchschnittlich 9%. Die gesetzlichen Abzüge lagen somit für Arbeiter im Monatslohn und Angestellte in Schleswig-Holstein zwischen 17 und 18%, während im Bundesdurchschnitt ihre Höhe bei etwa 15% lag.

Bruttomonatsverdienste und gesetzliche Abzüge der männlichen Monatslöhner<sup>1</sup>

	Bruttobruttoverdienst	Wert des Naturalverdienstes	Gesamtbruttoverdienst	Gesetzliche Abzüge	
				Lohnsteuer <sup>2</sup>	Sozialversicherung
	in DM				
Facharbeiter <sup>3</sup>	414	111	525	7,8	11,5
Spezialarbeiter	424	94	518	5,8	11,6
Landarbeiter	377	97	474	6,0	11,7
Hilfsarbeiter	259	117	376	5,7	11,4
<b>Insgesamt</b>	<b>375</b>	<b>100</b>	<b>476</b>	<b>6,2</b>	<b>11,7</b>

1) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 2) ohne Kirchensteuer  
3) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

#### Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf die Brutto-Monatsverdienstklassen

Die Monatsverdienstklassen unter 275 DM waren - wenn man die Jugendlichen unberücksichtigt läßt - fast unbesetzt; auch die Verdienstklasse von 275 DM bis 300 DM war nur mit 1,4% aller

Verteilung der erfaßten männlichen Monatslöhner<sup>1</sup> auf Bruttomonatsverdienstklassen

Bruttomonatsverdienstklasse in DM	Facharbeiter <sup>2</sup>		Spezialarbeiter		Landarbeiter		Hilfsarbeiter		Alle Arbeiter	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
200 - 225	-	-	-	-	-	-	1	2,0	1	0,1
225 - 250	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
250 - 275	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
275 - 300	2	1,1	-	-	11	1,3	2	3,9	15	1,4
300 - 350	4	2,2	1	2,2	45	5,5	14	27,5	64	5,9
350 - 400	7	3,9	-	-	108	13,3	18	35,3	133	12,2
400 - 450	21	11,8	4	8,7	134	16,4	9	17,6	168	15,4
450 - 500	44	24,7	15	32,6	191	23,4	7	13,7	257	23,6
500 - 550	30	16,9	10	21,7	149	18,3	-	-	189	17,3
550 - 600	30	16,9	11	23,9	106	13,0	-	-	147	13,5
600 - 700	33	18,5	4	8,7	61	7,5	-	-	98	9,0
700 - 800	6	3,4	1	2,2	7	0,9	-	-	14	1,3
800 - 900	1	0,6	-	-	2	0,2	-	-	3	0,3
900 - 1 000	-	-	-	-	1	0,1	-	-	1	0,1
<b>Zusammen</b>	<b>178</b>	<b>100</b>	<b>46</b>	<b>100</b>	<b>815</b>	<b>100</b>	<b>51</b>	<b>100</b>	<b>1 090</b>	<b>100</b>

1) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 2) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

erfaßten männlichen Arbeiter besetzt, unter denen sich allerdings auch Fach- und Landarbeiter befanden. Zwischen 300 und 350 DM verdienten 6% der Arbeiter. Über vier Fünftel der Monatslöhner hatten einen monatlichen Bruttoverdienst von 350 bis 600 DM. Am stärksten, und zwar mit einem knappen Viertel, war die Verdienstkategorie von 450 bis 500 DM besetzt. 600 bis 700 DM brutto bekamen immerhin 9% aller männlichen Monatslöhner, während nur knapp 2% 700 bis 1 000 DM verdienen.

Die Jugendlichen finden wir vornehmlich in den Verdienstkategorien zwischen 250 und 550 DM in den kleineren und zwischen 300 und 600 DM in den größeren Betrieben.

Über die Streuung der Löhne bei den Frauen lassen sich keine detaillierten Angaben machen, weil zu wenig Frauen erfaßt wurden. Fast die Hälfte aller erfaßten weiblichen Monatslöhner entfiel auf die Verdienstgruppe von 300 bis 350 DM, beinahe ein weiteres Drittel auf die

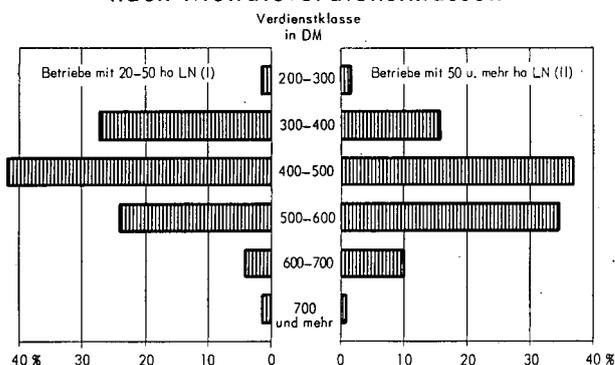
von 350 bis 400 DM. Die Spannweite vom niedrigsten bis zum höchsten Lohn reichte bei den Frauen nur von 225 DM bis 500 DM, war also sehr viel begrenzter als die der Männer, die über die ganze Skala von 200 bis 1 000 DM ging. Die am stärksten besetzte Verdienstkategorie der Frauen lag unterhalb des Mittelwertes (363 DM).

Die Bewertung einer Fach- oder Spezialausbildung bewirkte, daß die qualifizierten Arbeiter in den höheren Verdienstkategorien stärker vertreten waren als die Landarbeiter, was vornehmlich für die Verdienstkategorien von 450 bis 800 DM galt. Während jedoch die Landarbeiter, wenn auch in geringer Zahl, sogar die höchsten Verdienstkategorien bis zu 1 000 DM erreichten, waren die Facharbeiter nur noch in der Verdienstkategorie von 800 bis 900 DM und die Spezialarbeiter nur noch in der Verdienstkategorie von 700 bis 800 DM zu finden, was wohl mit ihrem durchschnittlich geringeren Lebensalter zu erklären ist. In den Betrieben mit 50 und mehr ha LN erreichten mehr Landarbeiter die höheren Verdienstkategorien als in den Betrieben von 20 bis 50 ha. Die obere Verdienstgrenze für Hilfsarbeiter war schon bei 500 DM gezogen, sie wurde von keinem Hilfsarbeiter überschritten; über ein Drittel verdiente zwischen 350 und 400 DM, ein weiteres reichliches Viertel 300 bis 350 DM.

Im Durchschnitt aller Verdienstkategorien verdiente ein Inspektor oder Verwalter monatlich 850 DM brutto oder 704 DM netto. Angestellte mit Gehältern unter 550 DM brutto kamen nur vereinzelt vor. Die Masse, nämlich rund drei Viertel der erfaßten Inspektoren und Verwalter, bezog Gehälter zwischen 550 und 1 000 DM. Innerhalb dieser Grenzen war die Verdienstkategorie von 600 bis 700 DM am stärksten besetzt;

D 3374

**DIE MÄNNLICHEN LANDARBEITER<sup>1)</sup> nach Monatsverdienstklassen**



<sup>1)</sup> der höchsten tarifmäßigen Altersstufe

der durchschnittliche Monatsverdienst dieser Klasse lag bei 655 DM brutto und 530 DM netto. Das restliche Viertel der Angestellten verdiente 1 000 DM und mehr brutto, und zwar im Durchschnitt aller Erfassten dieser Verdienstklasse 1 289 DM brutto und 1 091 DM netto. Jeder vierte landwirtschaftliche Angestellte bezog also ein Gehalt von 1 000 und mehr DM.

#### Auswirkungen des Familienstandes auf den Verdienst der Monatslöhner

In der Betriebsgrößenklasse I waren zwei Drittel der Monatslöhner ledig, ein Drittel war verheiratet, verwitwet oder geschieden. Nur ein Fünftel aller Erfassten hatte Kinder. In der Betriebsgrößenklasse II war die Zahl der Verheirateten etwas größer als die der Ledigen; hier hatten mehr als ein Drittel Kinder. In den kleineren Betrieben hatten nur knapp 4% der Monatslöhner 4 und mehr Kinder, in den größeren Betrieben 6%.

Bruttomonatsverdienste und -abzüge der männl. Monatslöhner<sup>1</sup> in der Landwirtschaft nach dem Familienstand in DM

Familienstand Kinderzahl	Bruttomonats- verdienst	Lohn- steuer <sup>2</sup>	Sozial- versi- cherung	Netto- monats- verdienst
Ledig	467	43	54	371
Verheiratet, verwitwet, geschieden				
0 Kinder	485	27	56	402
1 "	513	14	60	439
2 "	501	5	59	437
3 "	519	2	62	455
4 und mehr	526	-	64	462

1) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 2) ohne Kirchensteuer

Die männlichen Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe im Monatslohn beider Größenklassen zusammen verdienten, soweit sie ledig waren, durchschnittlich 467 DM brutto, ein Verheirateter ohne Kind dagegen hatte 485 DM. Nach Abzug der gesetzlichen Abgaben (Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung und Lohnsteuer ohne Kirchensteuer) blieben den Ledigen 372 DM, den Verheirateten 402 DM.

Verheiratete mit 2 Kindern, die am häufigsten vorkamen, erhielten 501 DM brutto und 437 DM netto. Ihnen standen somit infolge unterschiedlicher gesetzlicher Abgaben für Ehefrau und beide Kinder 66 DM monatlich mehr zur Verfügung als den Ledigen, sofern mangesetzliches und freiwilliges Kindergeld oder evtl. sonstige familiengebundene Sozialleistungen des Arbeitgebers außer Betracht läßt.

#### Stundenlöhnerverdienste

Ein Lohnvergleich zwischen den Betriebsgrößenklassen entfällt, weil die Stundenlöhner hauptsächlich in den Betrieben mit 50 und mehr ha LN vorkommen und daher nur in dieser Größenklasse erfaßt wurden.

Der Lohnvergleich zwischen den Arbeitergruppen beider landwirtschaftlichen Stundenlöhnern Schleswig-Holsteins ist unvollständig, weil zu wenige Hilfsarbeiter erfaßt wurden oder vorkamen. Immerhin können Land-, Spezial- und Facharbeiter verglichen werden. Während die Landarbeiter einen monatlichen Gesamtbruttoverdienst von 476 DM hatten, verdienten die Spezialarbeiter im Stundenlohn 507 DM und die Facharbeiter 513 DM. Diese Beträge lassen sich nicht mit den Verdiensten der entsprechenden Arbeitergruppen im Monatslohn vergleichen, weil der Monatsverdienst der Stundenlöhner wegen der schwankenden Beschäftigungszeiten im Kalenderjahr durch Division des Gesamtjahresverdienstes, also unter Einbeziehung der Monate mit kurzen Arbeitszeiten und niedrigen Monatsverdiensten, gebildet worden ist, während der für die Monatslöhner ermittelte September-Verdienst zu den in den Sommermonaten gezahlten hohen Monatslöhnen gehörte (der Tariflohn ist im Winter hier 29 DM niedriger).

Wenn man den Gesamtbruttomonatsverdienst der Landarbeiter im Stundenlohn gleich 100% setzt, verdienen die Spezialarbeiter 107% und die Facharbeiter 108%. Die Spanne zwischen dem Monatslohn der Spezial- und Facharbeiter ist auch hier auffallend gering (6 DM). Eine Aussage über die Verdienste der jugendlichen

Jahresverdienste der männlichen Arbeiter im Stundenlohn<sup>1</sup>

Arbeitergruppe	Zahl der erfaßten Arbeiter	Barverdienst (brutto)	Wert des Natural- ver- dienstes	Gesamtverdienst (brutto)			Gesetzliche Abzüge	
				In DM je Arbeiter und Jahr	im Monat	je Stunde	Lohn- steuer	Arbeit- nehmer- beitrag zur Sozialvers.
Facharbeiter <sup>2</sup>	89	6 142	17	6 160	513	2,34	2,6	11,4
Spezialarbeiter	350	6 058	31	6 089	507	2,28	2,3	11,4
Landarbeiter	937	5 705	11	5 716	476	2,20	2,3	11,4
Zusammen <sup>3</sup>	1 380	5 821	17	5 837	486	2,23	2,4	11,4

1) Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe mit 2 000 und mehr bezahlten Arbeitsstunden im Jahr 2) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker 3) einschl. Hilfsarbeiter

Stundenlöhner ist nicht möglich, weil ihre Zahl in Schleswig-Holstein zu klein war; das Gleiche gilt für die weiblichen Stundenlöhner.

Der Anteil des Naturalverdienstes, berechnet am Bruttogesamtverdienst je erfaßten Stundenlöhner und Jahr, war sehr viel kleiner als bei den Monatslöhnern. Er belief sich bei Land-, Spezial- und Facharbeitern zusammen durchschnittlich auf nur 0,3%, während er bei den Monatslöhnern je nach Geschlecht und Arbeitergruppe ein Fünftel bis fast ein Drittel des Gesamtlohnes (letzteres bei weiblichen Landarbeitern und männlichen Hilfsarbeitern) ausmachte. Dieser Unterschied erklärt sich daraus, daß bei den Stundenlöhnern in der Hauptsache nur die unentgeltlich gewährten Sachleistungen außer Kost und Wohnung vorkommen und ausgewiesen sind, weil Stundenlöhner selten in Kost und Wohnung stehen. Wie wir dagegen gesehen haben, bekommt die Mehrzahl der Monatslöhner freie Station, neben deren Wert wiederum die sonstigen unentgeltlich gewährten Sachleistungen kaum ins Gewicht fallen. Außerdem ist zu bedenken, daß die sog. "unentgeltlich" gewährten Sachleistungen sicherlich von vielen Berichtsstellen sehr vorsichtig benannt worden sind und daher als Aussage auch nur vorsichtig bewertet werden dürfen; sie mögen mitunter einen größeren als den angegebenen Umfang gehabt haben. Auch waren sie bei einzelnen Arbeitnehmern sehr viel bedeutender, als es der Durchschnitt vermuten läßt.

Der Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung bei den Stundenlöhnern unterschied sich nur wenig von dem der Monatslöhner; er machte für alle Arbeitergruppen (mit Ausnahme der Hilfsarbeiter) im Durchschnitt 11,4% des Gesamtbruttoverdienstes aus. Die Lohnsteuer der Stundenlöhner (ohne Kirchensteuer) lag dagegen um fast zwei Drittel niedriger als die der Monatslöhner und erreichte im Durchschnitt aller ausgewiesenen Arbeitergruppen nur 2,4%, weil mehr Stundenlöhner (94%) als Monatslöhner (45%) verheiratet, verwitwet oder geschieden waren und daher in die niedrigeren Lohnsteuerklassen fielen. Die gesetzlichen Abzüge der Stundenlöhner erreichten zusammen also eine Höhe von rund 14% des Gesamtbruttoverdienstes und blieben somit 3 - 4% unter denen der Monatslöhner, Verwalter und Inspektoren.

Der Jahresverdienst der erfaßten männlichen Fach-, Spezial- und Landarbeiter im Stundenlohn mit mehr als 2 000 Arbeitsstunden im Jahr (ohne Hilfsarbeiter und Jugendliche) belief sich auf 5 837 DM brutto. Zwischen 4 000 und 9 500 DM waren sämtliche Jahresverdienstklassen besetzt, nur ganz wenige Stundenlöhner verdienten weniger als 4 000 DM. Die Klasse von 6 200 bis 6 400 DM war mit 8% der

genannten Arbeiter am stärksten besetzt, dann folgte die Verdienstklasse von 6 000 bis 6 200 DM mit fast 7%. Drei Fünftel der drei Arbeitergruppen konnten diese Jahresverdienste nicht erreichen und verdienten 4 000 bis 6 000 DM; nur ein reichliches Fünftel, in dem Land- und Spezialarbeiter stark vertreten waren, lag über 6 400 DM.

Die männlichen Stundenlöhner mit mehr als 2 000 Arbeitsstunden im Jahr nach Monatsverdienstklassen in %

Verdienstklasse in DM	Facharbeiter <sup>1</sup>	Spezialarbeiter	Landarbeiter	Zusammen
200 - 300	-	-	0,1	0,1
300 - 400	6,7	4,0	9,1	7,6
400 - 500	43,8	46,3	60,8	56,0
500 - 600	34,8	40,3	26,8	30,7
600 - 700	9,0	8,9	2,9	4,8
700 und mehr	5,6	0,6	0,3	0,7
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

87% der Stundenlöhner mit mehr als 2 000 Arbeitsstunden im Jahr verdienten monatlich zwischen 400 und 600 DM; darunter lagen nur 8%, darüber 5%. 6% der Facharbeiter verdienten 700 DM und mehr, 9% 600 bis 700 DM. Nur ein halbes Prozent der Spezialarbeiter erreichte die höchste Monatsverdienstklasse, während ebenfalls 9% zwischen 600 und 700 DM verdienten. In den Verdienstklassen über 600 DM gab es nur 3% Landarbeiter. An der Verdienstklasse von 500 bis 600 DM waren die Facharbeiter mit 35%, die Spezialarbeiter mit 40% und die Landarbeiter mit 27% ihrer Gruppe beteiligt. Das Gros der Landarbeiter verdiente zwischen 400 und 500 DM. Diese Verdienstklasse vereinigte aber nicht nur 61% der Landarbeiter auf sich, sondern auch 44% der Facharbeiter und 46% der Spezialarbeiter, d.h. insgesamt 56% der Stundenlöhner (ohne Hilfsarbeiter).

Die männlichen Stundenlöhner mit 1 000 und mehr Arbeitsstunden im Jahr nach Stundenverdienstklassen in %

Verdienstklasse in DM	Facharbeiter <sup>1</sup>	Spezialarbeiter	Landarbeiter	Zusammen
1,40 - 1,60	-	-	0,1	0,1
1,60 - 1,80	-	0,3	-	0,1
1,80 - 2,00	1,0	0,5	0,9	0,8
2,00 - 2,20	29,3	33,0	58,4	50,4
2,20 - 2,40	36,4	48,3	29,6	34,6
2,40 - 2,60	20,2	13,0	8,4	10,2
2,60 - 2,80	8,1	2,9	2,5	2,9
2,80 - 3,00	1,0	1,6	-	0,4
3,00 - 3,20	3,0	0,5	0,1	0,4
3,20 - 3,40	1,0	-	0,1	0,1
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) ohne Melker, Melkermeister und Handwerker

Der durchschnittliche Bruttostundenlohn aller männlichen Arbeiter mit mehr als 2 000

Arbeitsstunden im Jahr (mit Ausnahme der Hilfsarbeiter) belief sich 1962 auf 2,23 DM. Die Facharbeiter allein verdienten 2,34 DM je Stunde, die Spezialarbeiter 2,28 DM, die Landarbeiter 2,20 DM. Ihre Arbeitszeit erreichte (wohlgemerkt ohne die nicht ständigen Landarbeiter, die weniger als 1 000 Arbeitsstunden hatten, und ohne die Arbeiter mit 1 000 bis 2 000 Stunden) eine Höhe von durchschnittlich 2 631 Stunden im Jahr bei den Facharbeitern, von 2 666 Stunden bei den Spezialarbeitern und 2 598 Stunden bei den Landarbeitern. Die Spezialarbeiter leisteten die größte Zahl von

Mehrarbeitsstunden, nämlich 204 Stunden im Jahr gegenüber 132 Stunden bei Fach- und Landarbeitern. Kein männlicher landwirtschaftlicher Arbeiter (Hilfsarbeiter ausgenommen) verdiente weniger als 1,40 DM je Stunde. Der höchste Stundenlohn lag bei 3,40 DM,

Durch eine Zusatzfrage wurde schließlich noch ermittelt, daß fast zwei Drittel aller Stundenlöhner (einschl. der nicht ständigen Landarbeiter) vom Arbeitgeber eine Werkwohnung zur Verfügung gestellt bekamen. Die Wohnungen, die die Bewertung der einzelnen Werkwohnungen ermöglichen sollten, sind nur zentral für das Bundesgebiet ausgewertet worden. Danach erwuchs den männlichen Stundenlöhnern durchschnittlich ein Mietvorteil von 9 Pf je Stunde, den weiblichen von 5 Pf durch die günstige Überlassung einer Werkwohnung. Andere Preisvorteile, die den Arbeitern evtl. durch die Überlassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Gestehungspreis erwachsen können, sind nicht ermittelt worden, weil ihr Wert erfahrungsgemäß sehr gering ist.

Dr. Georg Goldmann

Bruttomonatsverdienste und -abzüge der männl. Stundenlöhner<sup>1</sup>  
in der Landwirtschaft nach dem Familienstand in DM

Familienstand Kinderzahl	Bruttomonats- verdienst	Lohn- steuer <sup>2</sup>	Sozial- versi- cherung	Netto- monats- verdienst
Ledig	443	37	51	356
Verheiratet, verwitwet, geschieden				
0 Kinder	445	20	50	375
1 "	464	10	53	401
2 "	469	3	53	413
3 "	474	1	55	418
4 und mehr	464	0	53	411

1) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 2) ohne Kirchensteuer

Vergleiche auch: "Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Landwirtschaft 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 643 (November)

### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

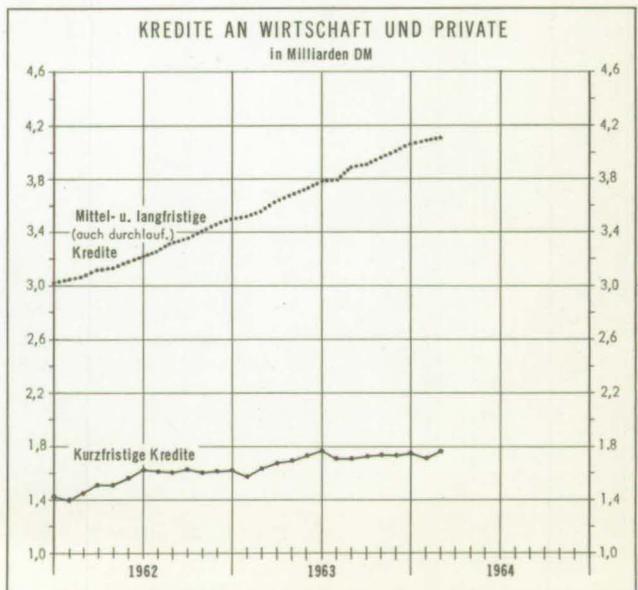
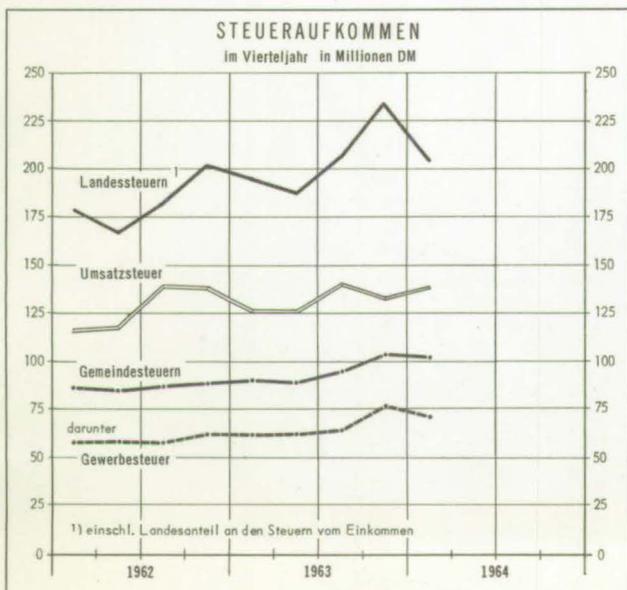
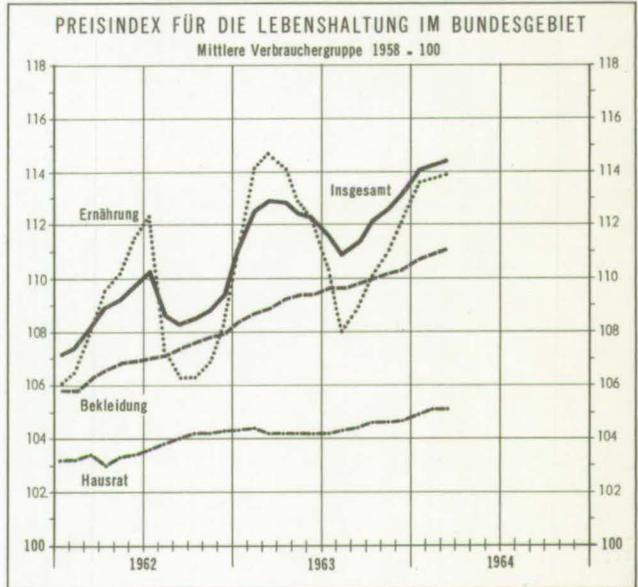
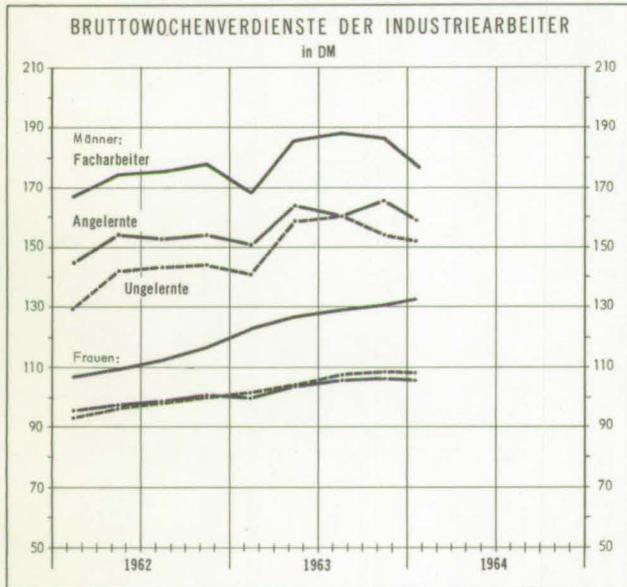
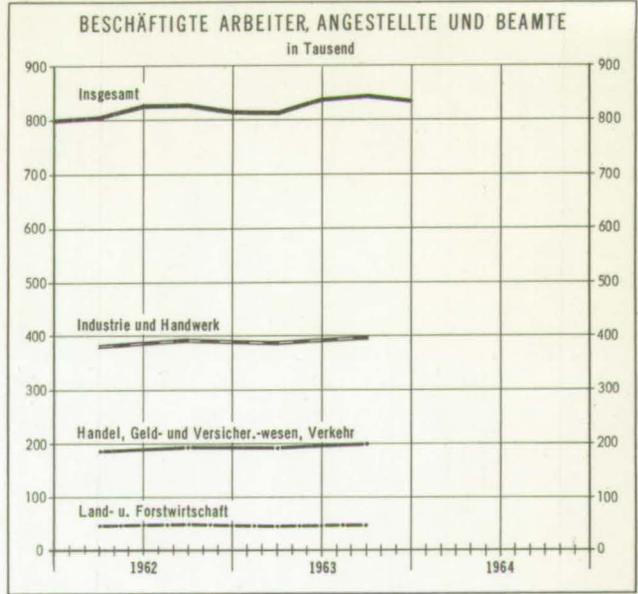
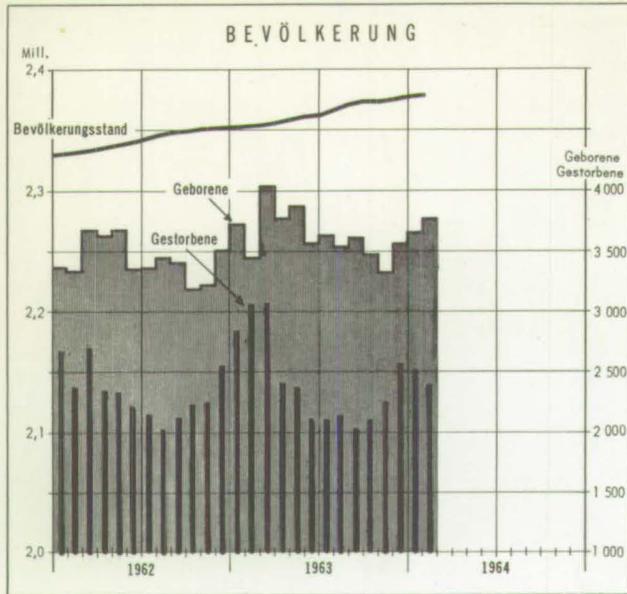
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

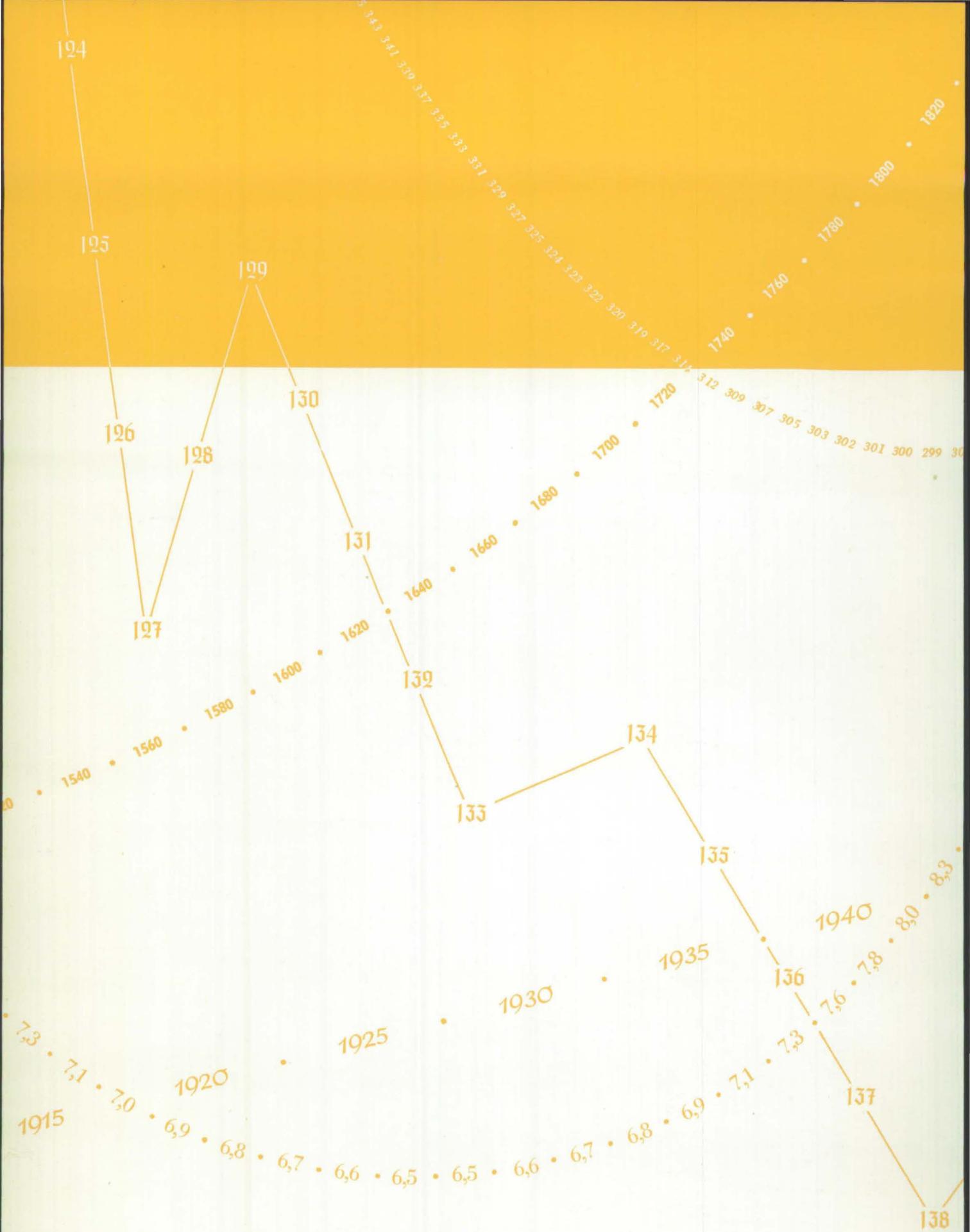
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt, Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602  
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyn  
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel  
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM. Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsträger. Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen.